



Halts Maul Schweiz NR. 2

Texte gegen die Schweiztümelei

Geknackte Mythen

«Ohne Fleiss kein Preiss»
oder «Am Schweizer Wesen
soll die Welt genesen» –
so profitiert Helvetien.
Seite 3 und 4

Ein Volk, ein Kapital?

Der Wunderspühler kann
Spagat. Politisch gegen
Europa, aber ökonomisch
davon abhängig. Ein Wider-
spruch? Wie(so) geht
das? Seite 10

Swissness und Nationalismus

Ein linker Stammtisch
mit Gedanken, Antworten
und Fragen: wie damit
umgehen? ab Seite 16

Die fünfte Jahreszeit

Widerstand ist nötig – und
will gepflegt und gelernt
sein. Bericht aus dem Wend-
land und Zureich. Seite 21



Fremde Viren

«Jährlich holt die Wirtschaft zehntausende Menschen in unser Land. Gleichzeitig sind sehr viele gut ausgebildete Schweizerinnen nicht berufstätig. Ich möchte die Frauen keinesfalls gegen ausländische Arbeitskräfte ausspielen. Aber indem wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern, steuern wir auch die Zuwanderung!»

Simonetta Sommaruga, 1. Mai 2012

Wir leben in dumpfen Zeiten. Während ganze Volkswirtschaften vor der Frage stehen, ob sie wieder auf Tauschhandel umstellen müssen, diskutiert Wohlstandia, wie man das Heidiland vor fremden Viren schützen kann, ohne die auf dem globalen Kapitalismus beruhende Wachstumsdynamik zu kappen. Die Ventilklausel ist aktiviert. Eine Bundesrätin findet im Beschäftigungsgrad der Frauen die brachliegende Wachstumspotentiale im Innern. Die Grünen liebäugeln mit Ecopop und verteidigen Kulturland. Und die radikale Linke sucht das Proletariat.

Wird die Schweiz zum Versuchslabor einer elitären Zonierung? Wird hier geprobt, wie man im globalen Chaos von Umweltkatastrophen und sozialer Desintegration grossflächige Gebiete des Wohlstands absichern kann, in denen gesellschaftliche Liberalität nach Innen mit Aggressivität und Totschlag nach Aussen kombiniert werden kann?

Als wir im Herbst 2011 «Halts Maul Schweiz» produziert haben, waren es die Ärgernisse der Vorwahlzeit, die uns angestachelt haben. Jetzt, wo die SVP leicht angeschlagen in der Ringecke hockt, reiben wir uns die Augen. Warum verliert Sarkozy mit einer sich an die Frontisten anbietenden Kampagne die Wahlen und wir dümpeln hier nach der angeblichen Wahlniederlage der Rechtspopulisten weiter nach rechts? Weil unser erster Streich gegen die Schweiztumelei gut angekommen ist, haben wir die in «Halts Maul Schweiz» noch nicht realisierten Pläne hervor gekramt; wir fragten uns, warum die helvetischen Mythen die Stürme der Globalisierung unbeschadet zu überstehen scheinen. Nach wie vor sind wir davon überzeugt, dass die Dekonstruktion der helvetischen Mythen zwingende Voraussetzung dafür ist, in der Schweiz ein neues internationalistisches Projekt zu entwickeln, das sowohl das lokale wie auch das globale Oben und Unten zum Ausgangspunkt des Handelns macht. Wir freuen uns über jede Form der Reaktion und warten gespannt darauf, ob ein dritter Streich folgen wird. In diesem Sinn: Halts Maul Schweiz.

Verein antidot



Wir haben drei Fotografen, Giorgio Hösli (www.typographics.ch), Romano Riedo (www.fotopunkt.ch) und Klaus Rózsa (www.photoscene.ch, u.a. Bild oben) gefragt, ob sie uns Bilder zum Thema «Schweiz» unentgeltlich zur Verfügung stellen könnten. Die drei haben zugesagt. Herzlichen Dank an dieser Stelle. Herausgekommen ist die Bildstrecke in dieser Zeitung. Die Autoren der Werke sind jeweils genannt, auf Legenden verzichten wir. Anschauen!

Kurzhinweise

Stopp der menschenverachtenden Migrationspolitik! Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme werden bewusst den MigrantInnen zugeschoben. Asylsuchende, Flüchtlinge, Roma, Sans Papiers, irreguläre MigrantInnen und AusländerInnen im Allgemeinen sind unerwünscht, als Sündenböcke aber willkommen und werden als Symbol der Bedrohung und Verunsicherung politisch instrumentalisiert. Anstatt die strukturellen und politischen Hürden beim Zugang zu Bildung, Arbeit und politischen Rechten abzubauen, wird den AusländerInnen ein Unwille zur Integration zugeschrieben. Wir verteidigen das Recht auf Asyl, Migration und Integration in unserer Gesellschaft! Wir fordern eine menschenwürdige Migrationspolitik! Wir fordern gleiche Rechte und Mitbestimmung für alle statt Zwangsintegration!
Demonstration. Samstag, 23. Juni 2012, 14.30 Uhr, Schützenmatte, Bern.

Kongress RECHT AUF STADT Das «Recht auf Stadt» wird immer stärker eingeengt. Manchmal aktiv und direkt, durch Zwangsräumungen oder Platzverweise. Oftmals aber nur so nebenbei, durch die Verdichtung der Reglemente und Ausbreitung von Kontrollmechanismen, durch die Kommerzialisierung des Raumes. Damit wir nicht noch mehr an Boden verlieren, wird es Zeit

gemeinsam etwas zu tun. Bis jetzt wird darüber aber kaum gesprochen, und wenn, bleiben es einzelne Gruppen, Themen oder Kampagnen. Daher wollen wir viele Interessierte zusammen bringen, um uns über die schrittweise Enteignung unseres Lebensraumes auszutauschen und gemeinsam Gegenstrategien zu vergleichen und zu entwickeln. **6.–9. September 2012, Bern.**
www.stadtkongress.twoday.net

extrem populistisch?! In einem Gespräch mit dem in Paris wohnenden Autor Bernhard Schmid sollen die Konturen der gegenwärtigen Rechten in Frankreich umrissen werden. Mit einem vergleichenden Blick auf die Situation in der Schweiz soll zudem ausgelotet werden, wie die jüngeren Entwicklungen begrifflich zu fassen sind. Handelt es sich beim heutigen Front National um eine «rechtspopulistische» Bewegung, wie hierzulande gewisse KommentatorInnen weismachen wollten? Ist die Begrifflichkeit des «Rechtspopulismus» überhaupt sinnvoll, um eine Analyse der rechten Strömungen Europas zu schärfen und linke Antworten zu entwickeln? Oder ist der Begriff Etikettenschwindel – Ausdruck einer Normalisierung extrem rechter Positionen durch den bürgerlichen Mainstream? **Samstag 7. Juli, 19.30 Uhr, Clubraum Rote Fabrik, Zürich.**

IMPRESSUM

antidotincl. «Halts Maul, Schweiz! Nr. 2» – ein antidotincl. – wird herausgegeben vom Verein antidot, Postfach 8616, 8036 Zürich **Verantwortliche Redaktion** Reto Plattner, Walter Angst, Jamal Hauer, Verein antidot **Auflage** 20000 Exemplare **Konzept, Layout** potzdonnerwetter.ch **Kontakt** admin@antidotincl.ch **Redaktion** redaktion@antidotincl.ch **Inserate** inserate@antidotincl.ch **Briefadresse** Verein antidot, Postfach 8616, 8036 Zürich **Konto** PC 85-615659-1, Verein antidot, 8036 Zürich Juni 2012

Der Preis des Fleisses

Schweizer Mythen demaskiert: Der Fleiss. Wie schön reich wir Schweizer doch sind. Weil wir eben fleissig sind und unser Staat sparsam. Nicht wie die faulen Franzosen und die sozialstaatsüchtigen Schweden. Aber lohnt sich der ganze Stress auch? Und wenn ja: Für wen mehr und für wen weniger?

Kein Wunder, wollen alle in Zürich einen Job: In der Limmatstadt verdient man nicht nur am meisten, sondern man kann mit dem Verdienen auch am meisten kaufen, wie die Grossbank UBS in einer neuen Studie festhält. Die Kaufkraft von durchschnittlichen Arbeitskräften ist in Zürich fast ein Drittel höher als in Paris und immer noch ein Viertel höher als in Stockholm. Und für den Kauf eines iPod Nano musste man 2009 (im Schnitt, gemäss UBS) in Zürich neun Stunden malochen, in Paris 15, in Istanbul 56 und in Manila, wo viel Elektronik hergestellt wird, 128 Stunden¹. Nirgends ausserhalb Nordamerikas sind die Autos so sinnlos gross und übermotorisiert wie in der Schweiz. Während die junge Programmiererin in Ho Chi Minh Stadt auf ihrem chinesischen Scooter durch die Stadt flitzt, macht es der Jungarbeiter aus Spreitenbach nicht unter einem 2-Liter-BMW mit getönten Scheiben.

Die Legende lautet: Es geht uns gut, weil wir eben Schweizer sind: fleissig, bescheiden, innovativ. Wir vertrauen uns selbst und halten den gefräßigen Sozialstaat und seine Schmarotzer im Zaum. Wir sind gegen mehr Ferien, für lange Arbeitszeiten und gegen Mutterschaftsversicherungen. Wer wenig schafft, bekommt halt wenig im Alter, wer viel schafft, darf auf die Pensionskasse hoffen.

Die andere Rechnung Die Wirklichkeit sieht anders aus. Denn «wir» haben vielleicht das grössere Auto, mit dem «wir» zum Fischen fahren können, nur leider keine Zeit, um unserem Hobby zu frönen. Ganz abgesehen davon, dass es das «wir» gar nicht gibt. Doch der Reihe nach. Im Durchschnitt aller EinwohnerInnen arbeiten «wir» für Geld etwa 1000 Stunden pro Jahr, die Menschen in Frankreich aber nur 538 Stunden². Während Herr und Frau Schweizer es diesen März eben abgelehnt haben, den Unternehmen sechs Wochen Ferien für alle vorzuschreiben, sind sie in Frankreich Standard. Krass ist etwa der Unterschied zwischen der

erlaubten Jahresarbeitszeit in der Landwirtschaft: In der Schweiz müssen landwirtschaftliche Angestellte pro Jahr 2860 Stunden misten und heuen, in Frankreich 1820 Stunden³ – ein gutes Drittel weniger. Sind etwa doch «wir» die Armen?

Schauen wir noch genauer hin: Zur Arbeit zählt nicht nur die bezahlte Arbeit, sondern auch die Zeit, die

(etwa 260 Milliarden) bei weitem. Gut ein Drittel der unbezahlten Arbeit betrifft Kinderaufzucht und die Pflege von Alten und Kranken.

Die Männer und die anderen Doch wer ist «wir»? Geht es um Gratisarbeit, so ist «wir» in der Schweiz zu zwei Dritteln weiblich. Der Grund dafür sind nicht nur altbackene, dis-

liebenden Ehefrauen, Mütter und Schwiegertöchter. Eine krasse Zahl zur Illustration: 2004 haben Frauen unbezahlte Betreuungsarbeit (für Kinder, Kranke, Alte) im Wert von ungefähr 68 Milliarden Franken geleistet. Dies ist über fünf mal mehr, als Unternehmen an Ertrags- und Kapitalsteuern zu bezahlen hatten⁵.

Das Ende des «wir» Das Schweizer System ist schön für Firmen und Firmenbesitzer, denn während die Frauen kostenlos schufteten, können die Unternehmen Kapital anhäufen. Dieses eignet sich hervorragend dazu, weltweit zu expandieren und das «Schweizer Modell» vom «schlanken Staat» und «Selbstverantwortung» zu preisen.

«Wir» sind eben nicht wir: Die einen sind weiblich, leisten zu zwei Dritteln viel zu viel kostenlose Arbeit, arbeiten daneben unterbezahlt Teilzeit und werden im Alter dafür auch noch bestraft⁶.

Dabei haben wir vom Imperialismus, der weltweiten Ausbeutung von Arbeit und Rohstoffen durch die Raubritter der industrialisierten Länder und den absurden Lohnunterschieden zwischen ArbeiterInnen (Ausländer) und Bürokräften (Schweizer) noch gar nicht gesprochen.



© Romano P. Riedo, fotopunkt.ch

«wir» ohne Bezahlung aufwenden. «In kaum einem Land ist die Kinderbetreuung so gut organisiert wie in Frankreich», schreibt die deutsche Bundesagentur für Arbeit an die Adresse von Auswanderungswilligen. Konkret: Ab dem dritten Lebensjahr kommen Kinder in Frankreich in eine Ganztagesesshule und mehr als ein Drittel der Zweijährigen besucht eine solche école maternelle⁴. «Wir» in der Schweiz hingegen arbeiten nicht nur lange für Geld, sondern müssen auch wesentlich mehr Zeit in Gratisarbeit stecken. Die Zahlen sind eindrücklich: Der geschätzte Wert der unbezahlten Arbeit in der Schweiz übersteigt mit etwa 320 Milliarden Franken den Wert der Güter, die die Schweizer Haushalte konsumieren können

kriminierende Rollen, sondern auch schlicht die Logik der Ökonomie. Denn weil Frauen oft weniger verdienen, sind es auch sie, die neben ihrem Teilzeitjob zuhause für die Aufzucht der Kinder und die Versorgung der Alten schufteten.

Dass (vor allem) Frauen in der Schweiz so viel gratis arbeiten wie in keinem anderen Land Westeuropas, ist gut für die Steuerzahler, deren Portemonnaie dicker wird, je «schlanker» der Staat gehalten wird. In den meisten zivilisierten Ländern müssen Reiche, Gutverdiener, erfolgreiche Spekulanten, vom Grundbesitz profitierende und gut laufende Firmen, nicht wenig (aber auch nicht alles) von ihrem Glück abliefern. In der Schweiz aber profitieren sie doppelt von der Gratisarbeit der

— **Alois Hinterfuhren. Wirtschaftsjournalist und Kleinunternehmer in Zürich. Sein Text baut auf einem Artikel der Ökonomin Mascha Madörin auf: «Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen», Widerspruch 58/10.**

¹ «Preise und Löhne». Wealth Management Research. Update der Ausgabe 2009. UBS AG, 2011.

² Beat Kappeler in der NZZ am Sonntag 30.8.2009: «Die Abstimmung mit den Füssen spricht für das Modell Schweiz».

³ Quelle: www.agri-info.eu/deutsch/tt_worktime.php Stand 16.3.2012.

⁴ Quelle: Webseite der Bundesagentur für Arbeit. Arbeiten in Frankreich. Stand: 16.3.2012.

⁵ Bundesamt für Statistik gem. Mascha Madörin, Grafik 2 in «Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen».

⁶ Obwohl Frauen neben der Lohnarbeit sehr viel mehr unbezahlte Arbeit leisten, erhalten sie viel weniger Leistungen im Alter als Männer. 2004 bezogen Frauen etwa 470 Millionen Franken mehr AHV als Männer, aber etwa 10 Milliarden (10 000 Millionen) weniger Geld von Pensionskassen als Männer. Dabei gibt es mehr Rentnerinnen als Rentner.



Am Schweizer Wesen wird die Welt sicher nicht genesen

Die besondere Stellung der Schweiz Wie sich die herrschende Klasse dem globalisierten Kapitalismus angepasst hat. Wen das helvetische Wachstumsmodell aussen vor lässt. Und warum «das Proletariat» nicht der erste Bezugspunkt für eine emanzipatorische Politik sein kann.

Die Legende geht so: Der fleissige Schweizer, sparsam und schuldenfrei, beschützt mit zwinglianischem Esprit und direktdemokratischen Mitteln den Staat vor Klientelismus, bürokratischer Erstarrung und populistischen Verirrungen. Die vom griechischen Virus angesteckten Larifaris aus der Westschweiz sind in der Minderheit. Weshalb die alte Weisheit, dass die Welt am Schweizer Wesen genesen könnte, halt nach wie vor stimme. Unsere nobelste Pflicht sei es deshalb, die Willensnation vor dem Elend des weltweit praktizierten Schuldenmachens zu beschützen. Die Linke tut sich schwer, das von Rechtspopulisten und Nationalkonservativen entworfene, wohl aber mehrheitsfähige Zerrbild zu dekonstruieren. Die alten Thesen, dass die Schweiz ihren Wohlstand wahlweise der Kollaboration mit dem Nazi-Regime, den freundschaftlichen Beziehungen zum US-Imperialismus, der Ausbeutung der Gastarbeiter oder dem Handel mit Blutdiamanten verdanke, werden den Alltagserfahrungen der Menschen nicht gerecht.

Das neue Wohlstandmodell Wie aber kann der helvetische Kapitalismus noch funktionieren, wenn Fluchtgelder versteuert und Potentatengelder zurückgezahlt werden müssen und das hohe Gehalt des Schweizer Lohnarbeiters nicht mehr vom

Gastarbeiter quersubventioniert wird? Ein Heftchen von «avenir suisse» gibt Einblick in die Funktionsweise des helvetischen Wohlstandsmodells im globalisierten Kapitalismus. «Magnet Schweiz», im

Von den weltweit 7400 Milliarden an privaten Offshore-Vermögen liegen 2000 Milliarden in Helvetien.

Mai 2011 publiziert, ist eine eindrückliche Kampfschrift gegen die SVP und ein Fundus für die These, dass der Wohlstand nicht auf Fleiss, sondern auf Transferleistungen des Auslands beruht. Die folgenden Feststellungen sind die für uns wichtigsten:

– *Die Schweiz zieht die besten Köpfe an.* 85 Prozent der Einwanderer haben heute mindestens einen Sekundär-, 55 Prozent gar einen Tertiärabschluss. Das gebe zwar Unruhe unter Ärzten, Managern und Professoren, weil mit dem «Brain Gain» der Wettbewerb um Statusgüter zugenommen habe. Die Einsparung bei den Ausbildungskosten (allein für die 3000 ausländischen Ärzte ein Betrag von 3 Milliarden) und das Wertschöpfungspotential der Fachleute machten solche «Nachteile» aber zu Peanuts.

Bild: Giorgio Hösli,
typographics.ch

– *Die Schweiz ist eine Ökonomie der «Denker und Lenker».* Mit 269 Zuzügen von Unternehmenszentralen zwischen 2003 und 2009 ist die Schweiz Topstandort für global operierende Firmen. Dank Firmenansiedlungen und hoher Sparquote ist man zudem Weltranglistenerster beim Kapitalexport. Allein die Direktinvestitionen betragen des 1,6-fache des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Schweiz und sind damit doppelt so hoch wie in Schweden und vier Mal so hoch wie in Deutschland. Die Erträge der Direktinvestitionen der Firmen und der Anlagen der Privaten sind ein wesentlicher Bestandteil des BIP. Die Erschliessung von Absatzmärkten für Schweizer Produkte und Dienstleistungen sowie die wertschöpfungsintensiven Jobs, die dank Firmenansiedlungen und Kapitalexport im Inland geschaffen werden, tragen wesentlich zur wirtschaftlichen Gesamtbilanz bei.

– *Erster Platz für Offshore-Vermögen und Milliarden.* Die Finanzkrise hat die führende Position der Schweiz als Vermögensverwalterin noch gestärkt. Von den weltweit 7400 Milliarden an privaten Offshore-Vermögen liegen 2000 Milliarden in Helvetien. Die Schweiz beherbergt zudem jeden zehnten Milliardär der Welt. Mit 220 000 Dollarmillionären übertrifft man vergleichbare Boomregionen wie Kalifornien bei weitem. Auch das spült Geld in die Kassen.

Die Schweiz sei reich, sagt «avenir suisse», weil sie wie ein Magnet auf die mobilen Ressourcen des Weltkapitalismus wirke und sich so wirtschaftliche Vorteile in Form einer niedrigen Arbeitslosigkeit, hoher Steuereinnahmen und eines überdurchschnittlichen Wohlstandsniveaus verschaffe.

Diese Form der Blutsaugertums (man könnte sie auch Imperialismus nennen) gerät in der EU ziemlich unter Druck. In der politischen Schweiz befasst man sich derweil mit der Entsorgung des ökonomisch obsoleten Bankgeheimnisses. Für ihren Neo-Imperialismus, der auf dem urtümlichsten Prinzip des Kapitalismus beruht, dass der Reiche noch reicher wird, interessiert sich in Helvetien kein Mensch. Dass ein Ausfall des Wohlstandstransfers aus dem Ausland zu massiven Erschütterungen führen würde und der Reichtum vor dem Zugriff fremder Steuervölge oder unqualifizierter Zuwanderer abgeschottet werden muss, ist jedoch Teil des Alltagsverständs der hiesigen Politikerkaste.

Wer profitiert, wer verliert? Die Netozahler des helvetischen Erfolgsmodells sitzen also im Ausland. Weshalb nicht zu erstaunen braucht, dass die Sozial-Indi-

katoren dieses Auslands dramatisch abweichen von den helvetischen Realitäten. Beispiel Jugendarbeitslosigkeit: Spanien 48,7 Prozent; Frankreich 23 Prozent, Niederlande 8,6 Prozent, Schweiz 3,4 Prozent. Dank den Transfers dieses Auslands ist es in Helvetien möglich, dass die Reichen schneller reicher werden als im Ausland und die Armen nur «äs bizzeli» ärmer. Davon berichtet der Verteilungsbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (verteilungsbericht.ch).

Dieser zeigt, dass die tiefen (um 3500 Franken) und mittleren Löhne (um 5500 Franken) im ganzen letzten Jahrzehnt (2000 bis 2010) teuerungsbereinigt «nur um 5 Prozent erhöht worden sind. Die hohen (um 10 000 Franken) und die sehr hohen Löhne (um 20 000 Franken) hingegen sind im gleichen Zeitraum um 12 Prozent beziehungsweise 19 Prozent angestiegen. Der Anteil der Lohnmillionäre (gepriesen seien die Boni) hat sich gar um sagenhafte 450 Prozent auf ca. 1 Promille erhöht.

Die untersten zehn Prozent hatten 2010 pro Jahr 1300 Franken weniger im Portemonnaie als zehn Jahre zuvor.

Wichtiger als die Lohnentwicklung ist die Veränderung des verfügbaren Haushaltseinkommens. Dieses berücksichtigt neben den Löhnen auch Vermögenserträge, Renten und Einkommen aus selbständigem Erwerb, Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Abgaben. Im Verteilungsbericht des SGB werden zudem die steigenden Kopfprämien der Krankenkassen (auch eine Art Sozialversicherungsabgabe) und die steigenden Wohnkosten berücksichtigt.

Die Bilanz: Die untersten zehn Prozent hatten 2010 pro Jahr 1300 Franken weniger als zehn Jahre zuvor. Die Haushalte mit mittlerem Einkommen (bis 50 Prozent) verlieren 300 Franken, die oberen Einkommen (bis 90 Prozent) gewinnen 6900 Franken, und die sehr hohen Löhne (über 90 Prozent) machen mit Mehreinnahmen von 23 700 Franken den grossen Reibach.

Trotz einer recht erfolgreichen Mindestlohnpolitik der Gewerkschaften konnten also die Working Poor und die von Transfereinkommen lebenden Haushalte die höheren Kosten nicht mit höheren Einkünften kompensieren. Sie sind die Verlierer. Ob neue Massenprodukte und Preissenkungen für importierte Produkte des Grundbedarfs auch für Teile der unteren und mittleren Einkommensgruppe mehr Konsummöglichkeiten geschaffen haben, ist eine Frage, auf die es im Moment noch keine Antworten gibt.

VOLKSKUNDE NACH KÖPPEL



Diese Säufer. Winterliche Alkohologgie auf dem Col des Mosses. Quelle, auch zum Nachlesen (auf französisch): www.weltwoche.ch/ueber-uns/autoren/andreas-kunz.html

«Nirgends sonst in Europa lassen sich die kulturellen Unterschiede zwischen den Völkern so gut erforschen wie in der Schweiz.»

«Hier leben die fleissigen Nordländer längst mit den faulen Südländern zusammen.» Schon die Einleitung zum Weltwoche-Welschwochen-Titel 9/12 von Köppels Rassenkundler Andreas Kunz weckte hohe Erwartungen. Sie wurden voll befriedigt. Der Pseudostürmer führt geradezu archetypisch vor, wie man im globalen Kapitalismus den Hass der Dumpfbacken auf die faulen Nachbarn konstruiert.

Wusstet ihr, dass 50 Prozent der Romands sagen, dass sie nicht arbeiten würden, wenn sie das Geld nicht benötigten? Diese Sozialschmarotzer!

Wusstet ihr, dass 40 Prozent der Romands regelmässig Schlaf- und Beruhigungsmittel einnehmen, um sich von der Arbeit zu erholen? Was für verhätschelte Sieche!

Wusstet ihr, dass 11 Prozent der Romands «chronisch risikoreich Alkohol konsumieren»? Ach diese Säufer!

Wusstet ihr, dass 17 Prozent der Romands das zufällig gefundene Portemonnaie mit der 1000er-Note dem Besitzer nicht zurückgeben würden?

Wussten wir's doch! Hätten die laschen Burgunder im 15. Jahrhundert die Schlachten von Grandson und Murten gewonnen, müssten wir Eidgenossen heute nicht Jahr für Jahr 2117 Franken pro Jurassier nach Delémont schicken – drei Mal so viel, wie die Griechen 2008 aus der EU-Staatskasse erhalten haben.

Noch Fragen? Nein Herr Kunz, keine Fragen mehr.

Wer verliert? 2. Versuch Die Basler Ökonomin Mascha Madörin liefert mit ihren Hinweisen zum Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivität Ansätze zu einer differenzierteren Analyse der Ressourcen- und Wohlstandsverteilung, als es die wertvollen Ableitungen des SGB aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erlauben. Madörin hinterfragt die verbreitete Annahme, dass die Arbeitsproduktivität immer und überall steige und stellt fest, dass eine solche Steigerung in der Bildung,

LUXUS STATT WACHSTUM – ALTERNATIVEN ZUR WACHSTUMSKRITIK

Angesichts der Klimakrise sowie der Begrenztheit fossiler Energieträger gehört eine Krise Wachstumskritik heute zum rhetorischen Standardrepertoire der meisten politischen Strömungen. Während die einen das Wachstum in ein grünes, sauberes überführen wollen, behaupten andere, «wir» im globalen Norden hätten längst über «unsere» Verhältnisse gelebt, weshalb die Wirtschaft nunmehr zu schrumpfen habe. Wieder andere beharren dagegen, dass das Wachstumsproblem vor allem ein Verteilungsproblem sei und setzen deshalb voll auf neokeynesianische Modelle.

Der Soziologe und Denknetz-Redaktor Holger Schatz verortet den Wachstumswahn ganz anders. Er sei konstituierender Bestandteil einer Produktionsweise, dessen Ziel nicht die Herstellung konkreter Güter und «Dienste» ist, sondern die selbstzweckhafte Mehrung monetären Wohlstands sei. Dies begründe die Geiselhaft, unter der nicht nur das Kapital, sondern auch gesellschaftliche Institutionen wie Steuerstaat, Sozialversicherungen und Gewerkschaften gestellt sind.

Eine Übersicht über das Thema – von der volkswirtschaftlichen Messung des Wachstums über die Analyse des kapitalistischen Wachstumszwangs, die Darstellung der verschiedenen Strömungen der Wachstumskritik (Green New Deal, Décroissance etc.) bis hin zur im Umfeld von attac entwickelten antikapitalistischen Wachstumskritik – findet sich im Infobrief 16 des Denknetz. (www.denknetz-online.ch > Infobriefe)

dem Sozial- und Gesundheitswesen nicht oder nur in sehr bescheidenem Rahmen möglich sei. Es seien deshalb vor allem die arbeitsintensiven personenbezogenen Dienstleistungen, für die es keine kaufkräftige Kundschaft gebe, die «im reifen Kapitalismus» vor einem sich verschärfenden Arbeitskosten-Problem stünden. Madörin fand in der volkswirtschaftlichen Statistik die Bestätigung für ihre Annahme. Im Gesundheitswesen lag die Bruttowertschöpfung pro Arbeitsplatz im Jahr 2006 bei 73 500 Franken, im Bank- und Kreditwesen bei 294 000 Franken – ein Verhältnis von 1 zu 4. Fünfzehn Jahre zuvor lag die Differenz noch bei 1 zu 1,7. Noch krasser ist die Bilanz für das Gastgewerbe, dessen Bruttowertschöpfung im Verhältnis zu jener des Kreditwesens 1991 noch bei 1 zu 2 lag, fünfzehn Jahre später aber bereits bei 1 zu 5,3¹

Die relativ zu den wertschöpfungsintensiven Branchen wachsenden Arbeitskosten der in der ökonomischen Literatur als «nicht-fortschrittlich» bezeichneten und vom Beschäftigungsanteil her stetig wach-

senden Branchen seien nicht nur für das Kapital ein Problem, sondern auch für die Konsument- und die SteuerzahlerInnen

Aus den gleichen Gründen kaufen KonsumentInnen «Tomaten aus Spanien, Pfannen aus China und Marmorplatten aus Indien, die nur billig sind, weil dort die Löhne skandalös tief und die Arbeitsbedingungen katastrophal sind».

– mithin also auch für die politische Klasse – schreibt Mascha Madörin. Weil die politische Klasse nicht bereit sei, die «kollektive Finanzierung der kostenkranken Leistungen» massiv auszubauen (weil das die Staatsquote erhöhen würde), ärgerten sich SteuerzahlerInnen über hohe Gesund-

heitskosten und stimmten deshalb den irrwitzigsten Kostensenkungsprogrammen zu. Aus den gleichen Gründen würden KonsumentInnen «Tomaten aus Spanien, Pfannen aus China und Marmorplatten aus Indien (kaufen), die nur billig sind, weil dort die Löhne skandalös tief und die Arbeitsbedingungen katastrophal sind. Und sie stellen Sans Papiers für die Krankenbetreuung zuhause ein, weil auch ein mittleres Renteneinkommen neben den Lebenshaltungskosten nicht erlaubt, eine Hauspflegerin anständig zu entlöhnen».

Perspektiven des Widerstands Die hier aufgeführten ökonomischen Befunde sind keine Analyse, sondern nur Hinweise auf offene Fragen. Sie zeigen immerhin, dass die pauschale Rückbesinnung diverser linksradikaler Gruppen auf das Proletariat im Schweizer Kontext zumindest fragwürdig ist.

Die Befunde können als Anlass dienen, alte Umverteilungs-Theoreme und Verelendungsphantasien zu hinterfragen und die besondere Stellung der Schweiz und ihrer politischen und sozialen Klassen zu reflektieren. Vieles deutet darauf hin, dass die Ausbeutungsverhältnisse neue Formen angenommen haben, wir deshalb viel mehr als in der Vergangenheit nach der Verteilung von hoch bezahlter, schlecht bezahlter und unbezahlter Arbeit fragen müssen² und die Verteilung des Wohlstands nicht mehr nur in monetären Kategorien bewerten dürfen, sondern Fragen der Zeitökonomie mit einbeziehen müssen. Sicher ist, dass uns die helvetischen Mythen mehr denn je daran hindern, das globale und das lokale Oben und Unten zum Ansatz für unser politisches Handeln zu nehmen.

— **Walter Angst hat bis 2006 bei der sozialistischen Wochenzeitung «vorwärts» gearbeitet und ist seither unter anderem im antidot-Kollektiv mit dabei.**

¹ Der Befund ist der gleiche, wenn man die Wertschöpfung verschiedener exportorientierter Industriezweige als Basis nimmt. Der relative Verlust der nicht-produktiven Branchen ist gleich hoch. (Madörin in: Gesellschaftliche Produktivität jenseits der Warenform. Jahrbuch 2011 des Denknetz)

² Interessant ist der Hinweis von Mascha Madörin, dass je nach Kaufkraft des Kunden ein und dieselbe Tätigkeit in die Kategorie der hoch oder der schlecht bezahlten Arbeit eingeordnet werden muss. Beispiel: Die Grafikerin, die für Nestlé arbeitet und der Grafiker, der für die Sans Papiers-Anlaufstelle tätig ist.

ANZEIGE

MEHR
von dem Zeugs!



Bestellen unter
www.antidotincl.ch

vegan, organic & fairtrade
CATERING SERVICE
vegankitchen.ch

augenauf 

kämpft für grund- und menschenrechte
PC 80-700000-8 www.augenauf.ch

Kinderbetreuung: Trotz Volks-Ja (noch) nicht gewonnen

Schweizer Mythen demaskiert: Die direkte Demokratie. Drei Mal haben die Zürcher StimmbürgerInnen für den flächendeckenden Ausbau der ausserfamiliären Kinderbetreuung gestimmt. Weil das Geld fehlt und Geld in der direkten Demokratie nicht einfach so zu haben ist, droht das Projekt jetzt aber doch noch zu scheitern.

Am 5. Juni 2005 haben die ZürcherInnen einem Volksschulgesetz zugestimmt, das die Gemeinden verpflichtet, für alle Schulkinder einen Hortplatz anzubieten. Die Stadt Zürich ging gleichentags noch einen Schritt weiter. Sie verpflichtete sich, den Eltern ein der Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes Betreuungsangebot ab dem Säuglingsalter anzubieten. Auch Krippenplätze für Vorschulkinder sollten also geschaffen werden. Am 13. Juni 2010 zogen die Stimmberechtigten im Kanton nach. Ab 2014 sind die Gemeinden im ganzen Kanton verpflichtet, ein Betreuungsangebot für Vorschulkinder zu organisieren.

Stolze Zahlen, bescheidene Wirkung

Sieben Jahre nach den Grundsatzentscheiden kann eine erste Bilanz gezogen werden. Zwischen 2005 und 2010 haben sich die Ausgaben der Gemeinden für die Kinderbetreuung von 122 auf 233 Millionen Franken erhöht. Die Zahl der betreuten Kinder stieg von 25 000 auf 35 000, die Zahl der Betreuungsplätze von 18 900 auf 23 800. Das sind grosse Zahlen. Gemessen am Bedarf ist der Ausbau aber bescheiden. Die Betreuungsquote in den Krippen (Vorschule) ist auf 16,7 Prozent angestiegen, in den Horten (Schule) auf 10,7 Prozent. Und die 233 Millionen Franken, die die Steuerzahler aufwerfen: Ist das nicht ein imposanter Betrag? Denkste. Ein Betreuungsplatz im Hort kostet rund 13 000 Franken pro Jahr, ein Platz in einer privaten Krippe 24 000 Franken. Konservativ gerechnet sind für die 23 800 Betreuungsplätze rund 400 Millionen Franken bezahlt worden. 42 Prozent dieses Betrages haben die Eltern selber finanziert. Womit auch eine volkswirtschaftliche Gesamtbilanz möglich ist. Ganze sieben Prozent der Kosten der Kinderbetreuung werden im Kanton Zürich von der Allgemeinheit getragen. 93 Prozent zahlen die Eltern, davon fünf Prozent als Elternbeiträge in monetärer Form und 88 Prozent als unbezahlte Arbeit.



Auch die Stadt kocht nur mit Wasser

Ist die Gesamtbilanz so schlecht, weil sich die SVP-Männer in den Agglogemeinden gegen die Einführung einer Kinderbetreuung sperren? Siehts bei den rotgrünen Musterknaben in der Stadt Zürich nicht ganz anders und viel besser aus?

Die Diskrepanz zwischen Stadt und Land ist wirklich gross. Obwohl «nur» ein Viertel aller Kinder in der Stadt leben, sind 56 Prozent der angebotenen Krippenplätze und 65 Prozent der Hortplätze in der Stadt konzentriert. Die Betreuungsquoten liegen mit 58 (Krippen) beziehungsweise 33 Prozent (Horte) deutlich über dem kantonalen Mittel.

Auch in der Stadt Zürich wird das Betreuungsangebot aber nicht dem Bedarf entsprechend ausgebaut.

Das Gute voraus: Wenn Eltern heute in der

*Bild: Klaus Rózsa,
photoscene.ch*

Stadt Zürich für ihr Vorschulkind einen Krippenplatz suchen, finden sie einen solchen in vernünftiger Frist. Das war 2005 noch nicht der Fall. Das Schlechte: Die Mehrheit der Eltern muss für den Krippenplatz so tief in die Tasche greifen, dass der Preis eindeutig prohibitiv ist. Nur für 4600 der gut 11 000 Kinder, die Ende 2011 in einer Krippe betreut worden sind, erhalten die Eltern nämlich einen Kostenbeitrag der Stadt. Die Mehrheit der Eltern sind Vollzahler, obwohl eine 5-Tage-Fremdbetreuung bis zu 3000 Franken pro Monat kostet. Besonders stossend ist, dass die privaten Krippen für einen von der Stadt subventionierten Platz nur 80 bis 90 Prozent der realen Kosten verrechnen können. Für die Krippen kann die Rechnung nur aufgehen, wenn sie die Personalkosten gnadenlos drücken und mit den Einnahmen der

nicht-subventionierten Plätze die subventionierten Plätze querfinanzieren¹.

So kommt es denn, dass sich in der rotgrünen Stadt Zürich die öffentliche Hand nur mit 58 Millionen an den gut 170 Millionen Franken beteiligt, die 7000 Krippenplätze jährlich kosten. 112 Millionen bezahlten die Eltern. Rechnet man die privat geleistete Betreuungsarbeit auch hier dazu, so beteiligt sich der Staat in der Stadt Zürich mit 17 Prozent an den Kosten der vorschulischen Kinderbetreuung. 83 Prozent der Kosten tragen die Eltern, wovon 33 Prozent in monetärer Form und 50 Prozent als unbezahlte Arbeit. Für eine Stadt, die im internationalen Städteranking an der Spitze stehen will, keine Glanzleistung.

Nachfragesteuerung mit Qualitätsabbau Ganz anders präsentiert sich die Lage in den städtischen Horten. Weil es keine Unterteilung in subventioniert und nicht subventioniert Plätze gibt, trägt die Stadt 80 Prozent der Kosten. Die Eltern finanzieren 20 Prozent mit einkommensabhängigen Beiträgen.

Da in der Stadtzürcher Politik die SVP keine wichtige Rolle spielt, hält man sich hier beim Hortausbau auch an die gesetzliche Vorgaben. Bei Bedarf wird jedem Kind ein Hortplatz zur Verfügung gestellt. Die Zahl der Hortplätze ist denn auch zwischen 2005 und 2011 von 5000 auf 8500 erhöht worden. Imposant ist auch die Entwicklung der Kosten. 2005 gab die Stadt netto 54 Millionen für die Horte aus, 2011 waren es bereits 91 Millionen.

Unerfreulich ist hingegen, dass man wegen dem Ausgabenwachstum ein grosses Kostensenkungsprogramm lanciert hat.

– Da bis 2020 mit einer Verdoppelung des Bedarfs gerechnet wird, sind die Raumstandards angepasst worden. Statt mit vier Quadratmetern werden künftig pro Hortkind nur noch zwei Quadratmeter zur Verfügung stehen.

– Um die Personalkosten in Grenzen zu halten, ist ein neuer Betreuungsschlüssel beschlossen worden. Statt mehrheitlich tertiär ausgebildete SozialpädagogInnen werden künftig rund 2000 Franken weniger verdienende «Fachper-

sonen Betreuung» (FaBe) angestellt. Zudem soll der Ferienanspruch des Hortpersonals von durchschnittlich sechs auf vier Wochen gesenkt werden.

– 2013 sollen zudem die Elternbeiträge um mindestens zehn Prozent erhöht werden. Für das Personal ist das Kostensenkungsprogramm ein sehr grosses Ärgernis. Mit der Ausprägung der Hierarchiestufen (Einführung einer Jahresarbeitszeit und Verfügung der Dienstpläne durch Vorgesetzte) und der damit verbundenen Flexibilisie-

Ausbau zu verdauen. Ein tiefgreifender Eingriff im Ausgaben- und Einnahmengerüst der Stadt wäre nötig, um nach der Erhöhung der Ausgaben von 80 auf 150 Millionen Franken auch noch die nächsten 150 Millionen freischaufeln zu können, um das 2005 Beschlossene bis 2020 Wirklichkeit werden zu lassen.

Und so fragt sich, ob die StimmbürgerInnen mit ihren grossen Volksentscheiden zur Kinderbetreuung nicht doch nur den Zwängen der internationalen Standortkon-

6

Jetzt braucht's Profis. Leute, die sich mit der Materie (Stoffe, Schnitte, Maschinen) auskennen. Wir suchen uns welche – sehr wahrscheinlich kennt der eine oder die andere schon wen, der sich auch auf die Sache einlassen will und die Werte teilt. Vielleicht hast auch Du selbst schon in dem Bereich gearbeitet und hast Ressourcen, die Du teilen möchtest.

Wir vereinbaren einen Lohn – schliesslich bringen die Profis Fachwissen mit und werden ein Vielfaches mehr an Zeit rein stecken. Zeit, die du und ich für anderes verwenden können, während unser Projekt im Alltag am Laufen gehalten wird.

Gratulation! Jetzt steht unsere kooperativ orientierte Unternehmung.

Weiter auf Seite 13

– rung (Arbeit auf Abruf) und Verlängerung der Arbeitszeit (Abbau von Ferien, neue Pausenregelungen, längere Präsenzzeiten) verliert die Arbeit massiv an Attraktivität. Für die Eltern ist es ebenso. Die Einführung von Grosshorten, die Verschlechterung des Betreuungsschlüssels, engere Platzverhältnisse und schlechtere Bedingungen in den Ferienhorten werden die Qualität des Angebot zwangsläufig mindern.

Dass man mit dem Qualitätsabbau und den höheren Elternbeiträgen die Entwicklung der Nachfrage steuern kann, sind sich Politik und Verwaltung sehr bewusst. Es wird vom Widerstand der Eltern und des Hortpersonals abhängen, wie weit die Stadt bei den nachfragedämpfenden Abbaumassnahmen gehen kann.

Hier endet die direkten Demokratie 2005 haben die Zürcherinnen und Zürcher beschlossen, Kinderbetreuung zur Sache der Allgemeinheit zu machen. Sieben Jahr nach dem bahnbrechenden Entscheid muss festgestellt werden, dass nicht einmal die finanziell potente Stadt Zürich in der Lage ist, den vom Volk beschlossenen

kurrenz gefolgt sind. Mit dem Ausbau der schulischen Tagesstrukturen hat der Metropolitanraum seine Volksschule einem (nord-)europäischen Standard angepasst. Mit dem Ausbau der Krippen in den städtischen Zentren sind die Voraussetzungen geschaffen worden, damit die mit der Personenfreizügigkeit angestrebten Standortvorteile auf dem Arbeitsmarkt auch realisiert werden konnten.

Ein emanzipatives Projekt, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur für die Topverdiener schaffen will und die Schulen zu einem echten Ort der Integration machen würde, hätte zusätzlich eine Mehrwertabgabe der Unternehmen benötigt². Nur so wäre das, was die StimmbürgerInnen eigentlich wollten, auch finanzierbar geworden.

An diesem Punkt, an dem der moderne Klassenkampf beginnen würde, endet aber die «direkte Demokratie» helvetischer Prägung.

— **Walter Angst. Vater. Mitglied der Rechnungsprüfungskommission des Zürcher Stadtparlaments.**

¹ In den von der Stadt geführten Krippen kostet ein Platz 35 000 Franken pro Jahr. Ein Platz in einer privaten Krippe darf nur 24 000 Franken kosten.

² An der WIDE-Tagung «Gender Macht Arbeit» soll SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen am 5. Mai 2012 eine «Bonisteuer für Gratis-Kindertagesstätten» gefordert haben (WoZ 19/12, S.7).

ANZEIGE



INTER Comestibles
URBANE GETRÄNKELIEFERUNGEN

Nicht nur im Durst sind alle gleich.

Hauslieferdienst, Gastro- und Festservice Telefon: 044 274 10 10 www.intercomestibles.ch



Nutzen oder mieten Sie unser neu umgebautes Säli im 1.Stock
Mehr Informationen unter tel.: **031 332 39 29**

BRASSERIE LORRAINE



Bild: Romano P. Riedo, fotopunkt.ch

Pflege lässt sich nicht standardisieren

«Spital statt Fabrik» lautete der Titel einer Tagung, zu der die Zürcher «Aktion Gsundi Gsundheitspolitik (AGGP)» im Februar eingeladen hat. Vorgestellt worden ist unter anderem das holländische Spitex-Projekt «Buurtzorg», das mit technologischen Pflegemodellen bricht.

Gesundheit ist keine Produktionsstrasse wie eine Autofabrik. Trotzdem wollen Kassen und Gesundheitspolitiker die Pflege in einzelne Segmente aufteilen. Ziel: effizientere Pflege und weniger Kosten. Sogenannte SpezialistInnen setzen Spritzen oder verabreichen Pillen. Andere wechseln die Verbände.

Ob sich die Gesamtkosten mit dem Verwaltungsapparat, den es braucht, um diese logistische Herausforderung zu meistern, wirklich senken lassen, wird nicht gefragt. Auch die Auswirkungen des Fabrikkonzepts

auf die Beziehung zwischen medizinischem Personal und PatientInnen ist kein Thema. Die stetige Erhöhung der Arbeitsintensität, die Schwächung des Teamzusammenhalts, der Leistungslohn, die Willkür bei der Entlohnung zerstören diese Beziehung nachhaltig.

Vertrauen ins Team «Buurtzorg» geht einen anderen Weg. In über 150 holländischen Städten arbeiten kleine, selbständige Spitex-Teams mit motivierten Fachkräften, die selber verantwortlich sind für die Einteilung ihrer Arbeit. Auch Ad-

ministratives erledigen sie selber. Pflegebedürftige können die meisten Hilfestellungen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft erhalten. «Buurtzorg» arbeitet mit gut ausgebildeten Fachkräften zusammen. Diese organisieren sich selbständig in Teams mit maximal 12 Personen. Ein Team betreut zwischen 40 und 60 Personen. KoordinatorInnen helfen ihnen beim Aufbau ihrer Struktur und begleiten sie in der Anfangsphase.

Die Autonomie der Pflegefachleute ist ein Pfeiler der «Buurtzorg»-Philosophie. Sie vertraut darauf, dass Profis nicht kontrolliert werden müssen. Vertrauen und Respekt stehen im Vordergrund.

Im Fokus des Pflegepersonals steht die Beziehung zu den PatientInnen und die Lösung ihrer Alltagsprobleme. Die Spitex-Leute müssen feststellen können, wie die KlientInnen mit ihrer Krankheit umgehen, wie das persönliche Umfeld darauf reagiert und wie deren Unterstützung genutzt werden kann, damit die KlientInnen sich sicher fühlen.

Das Pflegepersonal steht in direktem Kontakt mit den HausärztInnen. Es bezieht die Familie, die NachbarInnen und – wenn nötig – auch freiwillige HelferInnen in den Tagesablauf ein. Die PatientInnen sind weniger abhängig von den PflegerInnen und diese haben mehr Zeit für die medizinische Betreuung. Die PatientInnen können so lange wie möglich ein normales, unabhängiges Leben führen.

Die Pflegekraft, die nach Hause kommt, macht alles: Aufnahmegespräch, persönliche Pflege, Wundpflege, medizinische Versorgung. Die Anfahrtswege der unterschiedlichen «SpezialistInnen» fallen weg, ihre Einsätze müssen nicht koordiniert werden. Das «Support»-Büro von «Buurtzorg» in Almelo unterstützt die lokalen Teams. 20 Personen arbeiten im Hauptsitz. Sie brauchen keine Disponenten, Koordinatoren und Manager in der Zwischenverantwortung. Dies ist mit ein Grund dafür, dass sich die PflegerInnen einen besseren Lohn auszahlen können, als in der Branche üblich.

Gegründet worden ist «Buurtzorg» im Januar 2007. Ende 2010 betreuten 330 Teams 40'000 PatientInnen. Eine Untersuchung hat ergeben, dass die neue Spitex-Organisation pro PatientIn nur halb so viel kostet wie die herkömmliche Spitex, und dass die Zufriedenheit der PatientInnen bei «Buurtzorg» trotzdem landesweit

2

Auch ein sozial, ökologisch und nachhaltig orientierter Investor wird dir das Kapital nur geben, wenn die Aktion eine Rendite verspricht oder zumindest die Wahrscheinlichkeit eines Verlustes verschwindend klein ist. D.h. du musst alles genau ausarbeiten, bevor du überhaupt startest:

Du entwirfst dein Produkt, definierst den Absatz, entwirfst ein Vermarktungskonzept. Du planst den gesamten Produktionsablauf durch, von der Beschaffung bis zu Lagerung und Verkauf.

Bei diesen Entscheidungen gerätst Du ins Spannungsfeld zwischen deinem Anspruch und den ökonomischen Sachzwängen. Schliesslich brauchst du ja das Geld deines Investors. Im Zweifelsfall entscheidest du dich für die Option, die weniger kostet. Das wirkt sich aus auf Beschaffungspreise und Löhne, die du zu zahlen bereit bist. **Weiter auf Seite 17**

Oder: Kein Bock auf Kompromisse bei meinen Ansprüchen. **Weiter auf Seite 19/Kasten 5**

am höchsten ist. Die Teams brauchen für ihre Arbeit knapp die Hälfte der offiziell veranschlagten Zeit.

Trotz der unbestreitbar höheren Rentabilität sollte das Modell nicht als Sparprojekt missverstanden werden. «Buurtzorg» zeigt beispielhaft, dass dezentrale Strukturen, die auf Beziehungen in der Nachbarschaft aufbauen, auch nach monetären Massstäben den neoliberalen Ansätzen überlegen sind. Das Wichtigste aber bleibt, dass sie für PatientInnen und Pflegepersonal eine höhere Lebensqualität bieten.

— **Mischa Brutschin, Stadtwanderer.**

Infos unter

www.buurtzorgnederland.com und

www.AGGP.ch

ANZEIGE



Der Wunderspuhler: Ich kann Spagat!

Ein Volk, ein Kapital? Der Thurgauer Nationalrat Peter Spuhler ist Leitungsmitglied der europafeindlichen SVP und mit Europa geschäftender Unternehmer. Er gibt sich als Patron und regional verantwortungsbewusst. Geht das alles zusammen – und wenn ja, wie(so)? Eine Annäherung an einen Widerspruch.

Peter Spuhler, zum dritten Mal bestätigter SVP-Nationalrat für den Kanton Thurgau, Inhaber und Firmenchef der Stadler Rail AG, verdient sein Geld mit Zügen. Und da Mobilität das Kerngeschäft des 52-jährigen Unternehmers ist, verwundert es wenig, dass er auf die Frage, wie unternehmerische Weltoffenheit und nationalistisches Parteiprogramm in Einklang zu bringen seien, überraschend beweglich argumentiert. Seine Antworten sind für einen Exponenten der SVP recht ungewöhnlich und widersprüchlich: Der mit Schengen eingeschlagene, bilaterale Weg und die damit verknüpfte Personenfreizügigkeit sei für die Schweiz «überlebenswichtig». Andererseits sei das Land auch nicht für 10 Millionen EinwohnerInnen «gebaut». Die Initiative gegen «Masseneinwanderung» werde er nicht unterzeichnen, auch wenn er mit den ins Rassistische tendierenden Plakatsujets grundsätzlich leben könne. Und überhaupt verstehe er sich als Teil des «Wirtschaftsflügels» seiner Partei, und habe in diesen Fragen eben eine andere Ansicht als die Hardliner um Christoph Blocher. So tänzelt Spuhler, mal gekonnt, mal etwas schwerfällig, zwischen den Extremen seiner Partei und den Realitäten eines Unternehmers, der auf ausländische Fachkräfte und den Export angewiesen ist. Doch je lauter die SVP ihre ausländerfeindliche Propaganda unkt, desto häufiger muss sich Spuhler eben diesen Fragen stellen. Lächelnd versucht er sich im immer breiter werdenden Spagat zwischen erzkonservativen Wertvorstellungen und globalisiertem Markt.

Die Thurbojugend Es schmeckt nach Energydrink, billigem Teenie-Deo und Chips der Geschmacksrichtung «Cervelat». Willkommen im THURBO, dem Regionalzug zwischen der Kreuzlinger Peripherie und



Bild: Romano Riedo, fotopunkt.ch

dem Kantonshauptort Frauenfeld. Überall sitzen junge Menschen, die sich lautstark im wohl unpopulärsten Dialekt der Ostschweiz unterhalten. Sie fahren von Zuhause in die Schule, von dort zum Eishockeytraining oder einfach zu «Kollegä», zum «Poschtä» oder «in dä Usgang». Thurbojugend – so habe ich sie in Anlehnung an die Fanorganisation der norwegischen Band Turbonegro getauft.

Ein Gratis-Boulevardblatt, das sich einer der jungen Fahrgäste als Schmutzschutz unter seine Turnschuhe gelegt hat, informiert darüber, dass laut einer aktuellen Umfrage der Bundesämter für Statistik und Raumentwicklung das Zugfahren unter jungen SchweizerInnen immer populärer wird. Die Studie

folgt, dass das Auto als Statussymbol an Bedeutung verliert, vor allem weil die Regionalzüge auch immer schneller würden. Der Thurbo als «Jugendbewegung» ist zum Symbol für die hohe Mobilität des Kantons Thurgau geworden. Denn die Gelenktriebwagen der Firma Stadler Rail halten, anders als die Intercityverbindungen, «auf Verlangen» an jeder noch so kleinen Haltestelle und bringen am Wochenende für einen Fünfliber Nachtzuschlag die Halbwüchsigen nach dem Feiern bis spät in die Nacht zurück in die heimische Agglo. Zwar können die vielen Zwischenstopps in Ortschaften mit klangvollen Namen wie «Kradolf», «Landschlacht» oder «Siegershausen» nerven, bemerkenswert ist aber,

dass sich die Fahrtzeit im Vergleich mit den Stadtverbindungen kaum unterscheidet. Der Trend geht zurück zum Pendeln, berichtet die Studie weiter. Auch weil die Mietzinsen – vor allem im Grossraum Zürich – stetig steigen, entscheiden sich viele ArbeitnehmerInnen, auf das Pendeln umzusteigen statt umzuziehen. Zug statt Züglä, sozusagen.

Und wer durch den Thurgau pendelt, kommt an IHM in doppelter Hinsicht einfach nicht vorbei: Peter Spuhler. Nicht nur, weil man in den Gelenktriebwagen mit der Fertigungsplakette «Stadler» fährt. Auch wurden die PassantInnen und Passagiere an den Bahnhöfen im Wahljahr 2011 täglich vom überlebensgrossen, breit lächelnden Konterfei des Thur-

gauer Politstars angegrinst. Abgelöst wurde die Wahlwerbung zunächst von den schwarzen, über das Schweizerkreuz latschenden Kampfstiefeln, die vor den Massen der EinwanderInnen warnten und für eine neue, xenophobe Kampagne der Volkspartei warben. Und schliesslich folgte erneut ein Schweizerkreuz: «JA zur Schweiz – hier kaufe ich ein.» Ein Slogan des Schweizer Gewerbeverbands, der sich damit – erfolglos – gegen den grassierenden Einkaufstourismus in Zeiten des historisch schwachen Euros zur Wehr setzt.

Arbeiten lassen und verhetzen

Und genau im Spannungsfeld dieser drei Plakate bewegt sich der Unternehmer und Parteisoldat im Rang eines Hauptmanns in letzter Zeit zunehmend wie auf einem Minenfeld. Als ihn beispielsweise sein Jugendfreund aus Eishockeyzeiten, Roger Schawinski, auf die Hetzkampagne und die verbreitete Schlagzeile «Kosovaren schlitzen Schweizer auf» ansprach und fragte, wie denn die kosovostämmige Stadlerbelegschaft bei solchem Populismus reagiere, musste Spuhler zugeben: «Die werden da schon nicht ihre Freude dran haben.» Aber das sei nun mal der Wahlkampf und die SVP müsse die Sorgen und Ängste des Volkssouveräns dann doch «a chli ernscht näh!». Wer äussert sich auch schon gern gegen den eigenen Chef, selbst wenn man auf dem Weg zur Schicht täglich an diffamierenden Plakatwänden vorbeikommt?

In einem Interview mit dem Tagesanzeiger sprach Spuhler von einem «Verdrängungsprozess», der gerade stattfinde und der nun von der Politik gelenkt werden müsse. Die «alten» Einwanderer, oft Südeuropäer aus dem Strassenbau oder anderen, weniger ausbildungsintensiven Branchen, würden zunehmend von hoch spezialisierten Fachkräften aus dem Norden verdrängt. Spuhler äusserte hier die Meinung, dass die «alten» Einwanderer zu einer Rückkehr in ihr Ursprungsland motiviert werden sollten.

FLIRT mit dem Ausland Ausgerechnet in den Krisenjahren 2008 und 2011 wurde Spuhler von den Lesern der «Handelszeitung» zum Unternehmer des Jahres gekürt. Und der unternehmerische Erfolg des in Spanien geborenen, in Zürich aufgewachsenen und an der HSG studierten Thurgauer Eisenbahntycoons ist in der Tat beeindruckend: Nach der

Übernahme des Traditionsbetriebs Stadler, dem letzten Fabrikanten von Zahnradbahnen in der Schweiz, der 1989 gerade mal 15 Mitarbeiter und einen Umsatz von wenigen Millionen vorweisen konnte, baute er das Unternehmen sukzessive zu einem internationalen Konzern mit 8 Tochtergesellschaften, 4000 MitarbeiterInnen und einem bereinigtem Jahresumsatz in Milliardenhöhe aus.

Wer äussert sich auch schon gern gegen den eigenen Chef, selbst wenn man auf dem Weg zur Schicht täglich an diffamierenden Plakatwänden vorbeikommt?

Als Familienunternehmen veröffentlicht Stadler keinen Jahresbericht, doch die auf der Homepage stolz präsentierte Umsatzentwicklung zeigt steil nach oben. Lediglich im Krisenjahr 2008 musste man einen leichten Rückschritt konstatieren.

Auch wenn die Firma Stadler mit dem Turbo oder den TANGO-Strassenbahnen in Genf und Basel einen grossen Markt im Inland bedient, ist ein Wachstum in diesen Dimensionen nur mit grossen Exportaufträgen zu bewerkstelligen. Und die Auftragsbücher sind prall gefüllt: Norwegen, Deutschland, Russland, aber auch die USA, Brasilien oder Indien werden mit Rollmaterial aus den Stadlerwerken beliefert. KISS, FLIRT oder TANGO heissen die Fahrzeuge, die in alle Welt verschickt werden.

Gerade der Transport nach Übersee ist extrem aufwändig und kostenintensiv. Für die 64 Züge, die man zwischen 2008 und 2010 über den Hafen in Savona nach Algier verschiffte, mussten eigens Schienen auf dem Schiff verlegt werden. Auch jetzt gerade sucht man nach einer Lösung, wie man die für Brasilien fertig gestellten Rangierloks dort hin verfrachten kann. Und so ist es aus Unternehmersicht nur verständlich, dass Stadler die Produktion mehr und mehr in die jeweiligen Auftragsländer verlegt. Zudem macht der schwache Euro der Exportindustrie schwer zu schaffen, denn die bereits vor Jahren geschlossenen Lieferverträge ins europäische Ausland haben durch das Einknicken des Wechselkurses eine gut fünfzehnprozentige Wertminderung erfahren. «Das

tut natürlich weh», wie Spuhler in einem Interview am Rande des Davoser WEFs zu Protokoll gab. Doch der findige Betriebswirt hat auch auf den starken Franken eine passende Antwort: So versuche man, die ausstehenden Zahlungen direkt in Gegengeschäfte mit teuren Maschinenteilen und anderen Produktionsmitteln umzuwandeln und so die Wechselkursbedingten Einbussen abzufedern. Auch bei diesem Krisenplan muss sich der SVPLer tief in den Spagat beugen, wie er im April bei einem Vortrag am Wirtschaftsmeeting der Industrie- und Arbeitgebervereine aus dem Oberthurgau merken musste. Viele Zulieferer aus der Region hätten (wieder einmal) «keine Freude» an seinen Plänen. Doch glaube er, versuche Spuhler zu relativieren, dass das Einkaufsvolumen wachse und somit die Schweizer Zulieferer hoffentlich nicht zu stark in Mitleidenschaft gezogen würden. Doch schon jetzt wächst beispielsweise das Deutsche Werk in Berlin-Pankow viel schneller als die Schweizer Standorte. Noch werden gut zwei Drittel der Stadlerfahrzeuge in der Schweiz gefertigt, doch scheint es nur eine Frage der Zeit, dass dieses Verhältnis kippt. Die Eurokrise ist eine essentielle Bedrohung für den Exportriesen, wie Spuhler nicht müde wird zu betonen.

Patron alter Schule Die Handelszeitung beschreibt Spuhler als «Patron alter Schule mit moderner Prägung». Der Titel «Patron» scheint durchaus passend, denn Spuhler legt viel Wert darauf, die absolute Aktienmehrheit der unter ihm zum Global Player avancierten Stadler Rail zu halten. Erst Anfang Jahres vereinbarte er, 20 Prozent der Aktien von der Beteiligungsgesellschaft Capvis zurückzukaufen. Nach Abschluss dieser Transaktion hält der Patron 85 Prozent der Aktien. Die übrigen 15 Prozent verteilte er im Stile eines Grandseigneurs als Gewinnbeteiligung an langjährige Kadermitglieder. Die Firma zu veräussern käme für ihn nur dann in Frage, wenn keines seiner drei Kinder an einer Übernahme interessiert sei oder, um einen Kauf durch die Konkurrenz zu verhindern. Auch eine Kandidatur für den Bundesrat schlug er immer wieder mit der Begründung aus, dass sein unternehmerisches Engagement darunter leiden würde. Lieber schraubt Spuhler seine parteiinternen Ambitionen zurück, um weiterhin zweigleisig fahren zu

können: Denn als Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) kann er sich aktiv für eine liberale Wirtschaftsordnung einsetzen und nutzt so sein politisches Mandat, wie er selbst zugibt, zum Lobbying für den Industriestandort Schweiz.

Wie schwierig der Konflikt zwischen Unternehmertum und Parteimandat bisweilen werden kann, verdeutlicht am besten die aktuelle Swissnessdebatte zum Markenschutzgesetz. Zwar stimmte Spuhler in der grossen Kammer für das Gesetz, welches einen festgesetzten Pflichtanteil von Schweizer Zutaten in Schweizer Produkten fordert, da ihm die Marke Schweiz am Herzen liege. Allerdings unter dem Vorbehalt, dass der Pflicht-Wertschöpfungsanteil für die unter dem starken Franken leidende Industrie nicht über 50 Prozent angesetzt würde. Der Politiker scheiterte mit seinem Antrag knapp, so dass der Pflichtanteil auch für die Industrie bei 60 Prozent festgeschrieben wurde.

Gerade beim Markenschutz tut sich Spuhlers SVP schwer, obwohl sie selbst am meisten mit der Marke Schweiz hausieren geht. Der Widerspruch liegt auf der Hand: Als Grossunternehmer möchte man sich am globalisierten Markt behaupten und

Vielleicht ist der Mann aber auch einfach in der falschen Partei.

wettbewerbsfähig bleiben. Man ist angewiesen auf das Know How und die Werkkraft der ausländischen FacharbeiterInnen, auf Rohstoffe und High-Tech-Bauteile aus dem Ausland. Trotzdem möchte man sich das Label «Schweizer Fabrikat» nicht nehmen lassen. Manchmal gelingt eben auch einem Wunderspuhler der Spagat zwischen Industrielobbying und Parteitreue nicht. Vielleicht ist der Mann aber auch einfach in der falschen Partei. Es sieht zumindest im Moment nicht so aus, als ob der Entrepreneur versuchen würde, der Fremdenfeindlichkeit und Hetze seiner Partei im eigenen Interesse offensiv entgegenzuwirken oder gar sein Parteibuch abgeben wollte. Doch wer weiss? Wunder gibt es ja angeblich immer wieder.

— **Matthias Brenner schreibt regelmässig für das Ostschweizer Kulturmagazin «Saiten».**

Zu Besuch im Heidiland

Aussensicht. Berge, Schoggi, Kühe – das sind die gängigen Stereotypen der Schweiz. Gerne sehen wir uns als Bewohner einer idyllischen Insel, als Sonderfall der Weltgeschichte. Wie sehen das Menschen, die ihr Land verlassen haben und hier nicht bleiben dürfen?



Bild: Romano Riedo,
fotopunkt.ch

Die Schweiz sieht sich gerne so, wie sie Johanna Spyri 1880 in ihrem weltberühmten Kinderbuch beschrieb: Das arme Waisenkind Heidi kommt auf die schöne Schweizer Alp – saftig grüne Wiesen, gesunde Tiere, hohe mächtige Berge und viel Sonne. Nach anfänglichen Schwierigkeiten schafft es Heidi dank Fleiss, Hand in Hand mit Geisspeter, zu einem Happy End – und die frische Bergwelt heilt erst noch das gelähmte Grossstadtkind Klara.

Dieses Selbstverständnis wird in der Schweiz seit jeher gepflegt und nach Bedarf eingesetzt – auch von der Linken. Letztes prominentes Beispiel war die Werbekampagne des Komitees «Ja zum Buch» bei der Abstimmung über die Buchpreisbindung. Das omnipräsente Heidiplakat (so heisst es offiziell) zeigt das Mädchen, mit einem Buch in der Hand hüpfte es glücklich über eine Wiese. Auch der Geisspeter fehlt natürlich nicht. Das «Heidiland» ist ein häufig verwendetes Bild der Schweiz von Schweizern. Wie aber sehen Menschen von aussen das Land? Menschen, die hier nicht willkommen sind? Wir haben in der Autonomen

Schule Zürich mit Migrantinnen und Migrantinnen gesprochen. Die Schule bietet Bildung und Kultur – vom Deutschkurs bis Tanz-, Computer- oder Arabischkurs für illegalisierte Flüchtlinge, sozial Ausgeschlossene und alle anderen interessierten Menschen. Die Kurse und Seminare sind kostenlos und beruhen auf der Idee des hierarchiefreien Wissensaustauschs.

Gesetz über Gesetz Unsere Gesprächspartner kommen aus dem Balkan, Zentralasien und Afrika. Aber die Heidivorstellung haben sie bereits mitgekriegt. Stichwörter wie Käse, Schokolade und grüne Felder werden oft genannt im Zusammenhang mit der Schweiz. Aber auch die Pünktlichkeit oder die vielen öffentlichen Verkehrsmittel werden erwähnt. Für den Afghanen Ali, der im Iran aufgewachsen ist, bedeutet das konkret, dass man eine perfekte persönliche Planung braucht, um mithalten zu können – dafür seien aber die Uhren, die überall sind, sehr nützlich.

Für eine kontroverse Diskussion gesorgt haben jedoch die helvetischen Gesetze. Einige waren sich die Mi-

granten und Migrantinnen dass es in der Schweiz auffallend viele Gesetze gebe. Einige, wie zum Beispiel Gassanow aus Aserbaidschan oder Ekinoth aus dem Kosovo, sehen dies als grossen Vorteil. Ihrer Meinung nach hilft diese durchgehende Regulierung, die Korruption in Grenzen zu halten. Die beiden stammen aus Ländern, in denen ohne Korruption nichts geht. Kosovo zum Beispiel gehört zu den vier europäischen Ländern, die die UN-Konvention gegen Korruption nicht ratifiziert haben. Aserbaidschan hat die Konvention zwar unterzeichnet. Aber auf dem internationalen Korruptionsindex 2011 (CPI) schneidet das Land nicht gut ab: Gassanows Heimat liegt auf Platz 143 von 182, gleich hinter Sierra Leone – Kosovo immerhin auf Platz 112. Die Schweiz liegt auf dem 8. Rang.

Andere jedoch sehen auch die Nachteile. Vor allem die Komplexität der vielen Gesetze sei häufig ein Hindernis. Während des Aufnahmeverfahrens sind die Asylsuchenden mit unzähligen Gesetzen und Papieren konfrontiert, die darüber entscheiden, ob sie in der Schweiz bleiben dürfen oder nicht. Oft sind diese aber in einem schwer verständlichen ju-

ristischen Jargon geschrieben. Ohne Hilfe ist es geradezu unmöglich, die Paragraphen zu verstehen, die über ihr Schicksal entscheiden werden. In den Gesetzesbüchern steht ganz genau, für wen die Schweiz ein Heidiland ist und für wen nicht.

Nix Menschenrechte Zwar rühmt sich die Schweiz ihrer humanitären Tradition (schliesslich wurde das Rote Kreuz vom Schweizer Henri Dunant gegründet). Kritische Stimmen beklagen, dass aber die Menschenrechte nicht immer so genau eingehalten werden, wie es Schweizer Politiker gerne beteuern. So sieht der Kolumbianer Carlos das Land, das ihn nicht aufnehmen möchte: «Es wird behauptet, dass die Schweiz die Menschenrechte respektiert. Doch innerhalb des Landes ist es anders.» Carlos ist mit dieser Meinung bei Weitem nicht der einzige. «Das Nothilfesystem für abgewiesene Asylsuchende ist menschenunwürdig. Es verletzt Grundrechte und muss dringend überdacht werden», fordert auch die Schweizer Sektion von Amnesty International.

Der Kenianer John steuert ein weiteres Klischee bei, über das wir SchweizerInnen nicht so gerne sprechen: die grosse Schweizer Pharmaindustrie. Als er noch in seiner Heimat war, wusste John von der Schweiz nur zwei Dinge: das Land sei kalt und stelle viele Medikamente her. Erstaunlich ist das nicht. Unter den Top Ten der grössten Schweizer Unternehmen finden sich die Basler Pharmariesen Roche und Novartis. Sie investieren viel Geld in Afrika und forschen dort intensiv – beide Unternehmen haben einen Sitz in der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Ob das für seine Landsleute Segen oder Fluch ist, haben wir nicht aus John herausgekriegt. Novartis und Roche jedenfalls müssen davon profitieren. Sonst wären sie nicht dort. Komplizierte Gesetze scheint man ihnen dabei nicht in den Weg zu legen.

— Linda von Burg ist Journalistin in Zürich.

Antifaschismus im Keller-Suter-Land

Geldwirtschaft pur. Die St. Galler Justiz belegt AntifaschistInnen mit hohen Bussen und lässt Rechtsextreme unbehelligt. Eine Geschichte aus der Ostschweiz.

Die «Europäische Aktion» des Holocaustleugners Bernhard Schaub organisierte am 10. September 2011 ein «Europa-Fest» genanntes Vernetzungstreffen Rechtsextremer, dessen Teilnehmer von Diepoldsau im St. Galler Rheintal weiter nach Einsiedeln, dem eigentlichen Versammlungsort, gelotst wurden.

Am Treffpunkt in Diepoldsau protestierten rund 80 AktivistInnen gegen die Nazis. Sie bezahlten ihren antifaschistischen Einsatz teuer. Ein österreichischer Grünen-Abgeordneter wurde von den Nazis tätlich angegriffen – und diese dafür nicht zur Rechenschaft gezogen – und 44 AntifaschistInnen wurden von einem Polizeiaufgebot eingekesselt und im Nachgang mit sehr hohen Strafbefehlen belegt: im Schnitt 1500 bis 2000 Franken pro Person. Diese Summe setzt sich zusammen aus je 20 Tagessätzen ab 30 Franken pro Person wegen Hausfriedensbruchs (die AntifaschistInnen wurden von der Polizei auf Privatgelände getrieben und dort verhaftet),

1000 Franken Busse für die Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration und nochmals 1000 Franken Busse für jene, die verummmt waren. Dazu kamen noch zusätzlich Verfahrens- und Prozesskosten. Summa summarum eine Gesamtbusse für alle Betroffenen inklusive Gebühren von knapp 100 000 Franken.

«Die Polizei hat richtig gehandelt. Maximal 15 Rechtsradikale gegen ca. 40 Vermummte (verboten) und einige Grüne. Wenn es irgendwo brennt, gehe ich nicht ins Brandobjekt!» (Leserkommentar Internet, St. Galler Tagblatt, Berichterstattung Demonstration, September 2012)

Faschisten treten öffentlich auf und greifen Leute an – und werden dafür von der bürgerlichen Justiz nicht belangt. AntifaschistInnen protestieren gewaltfrei dagegen – und werden angegriffen und von der Polizei und Justiz abgestraft. Wie ist das möglich? Die betroffenen Antifas, die das Geld für ihre Bussen mit einer Solidaritätskampagne zusammenzutragen versuchen, sehen dafür zwei Gründe. Einerseits führen sie das reaktionäre gesellschaftliche Klima in der Ostschweiz an, spezifisch in St. Gallen, der Heimat der FDP-Hardlinerin Karin Keller-Sutter. Dieses Klima, ergänzt durch Ignoranz und Gleichgültigkeit, spiegelt sich im zitierten Online-Kommentar eines Leser des St. Galler Tagblatts. Andererseits erkennen die Antifas im repressiven Vorgehen der St. Galler Polizei und Justiz, auch gegen Fussballfans, eine Konstante. Für die AktivistInnen stellt der Kanton St. Gallen ein Labor des bürgerlichen Staates dar, der versucht, die in Krisenzeiten potentiell systemgefährliche Linke, die den vorgegebenen bürgerlichen Rahmen nicht nur ideologisch, sondern auch mittels Taten verlässt, klein zu halten.

— **Reto Plattner arbeitet im Getränkehandel.**

— Solidarität mit den Diepoldsau44:
PC 90-192016-2, Verein Soli-Fonds Winterthur,
Vermerk: Diepoldsau, www.diepoldsau44.ch.vu

Freiheit, Gleichheit und fette Beute

Ein Biergarten in Zürich, es wird Oktoberfest gefeiert. Prominenz von FDP und SVP sticht in Lederhosen ein Bierfass an und betrinkt sich anschliessend. Daneben stehen leicht verstört Willi T. und Heidi H., er mit Armbrust, sie mit Schild und Speer bewaffnet. «Es ist einfach nicht mehr so wie früher» seufzt Willi.

«Damals wussten wir noch, wer der Feind war. Wir hielten alle zusammen, wir waren ein Volk.» Schnell redet sich Willi in Rage:

«Damals hatten wir noch die Hosen an und Initiativen gab es auch noch nicht. Da hatten wir noch Adel und Klerus, die wussten, wo es hingehen sollte. Wir haben gekämpft und geplündert, um zu Geld zu kommen. Heute lagern sie den Raubzug einfach aus und geniessen die Profite draus. Das ist doch keine Freiheit mehr!»

«Du und deine Männerprobleme» entgegnet Heidi. «Du musstest ja nicht jahrhundertlang auf ein eigenes Stimmrecht verzichten. Lohn habe ich auch keinen bekommen für meine Arbeit als Nationalsymbol. Es wird halt erwartet, dass wir Frauen alles gratis machen.» «L'état c'est toi» schnauzt Willi zurück, «du musst dir halt nehmen, was dir zusteht, sonst bekommst du nichts ab vom Kuchen.» «Immer schwatzt du von der guten alten Zeit, von Freiheit und Gleichheit im fette Beute machen» erwidert Heidi. «Diese neue Scheinpartei passt da gut dazu. Die mit dem deutschen Pfarrerssohn, wie heisst die nochmals, ah ja, die <Suche Volk Partei>, die SVP.» «Da gebe ich dir Recht Heidi», nickt Willi «das ist wirklich eine verwässerte Erscheinung mit lauter Scheinlösungen. Ausländer raus, aber dann richtig! All diese Aargauer und Thurgauer, diese Untertanen, die uns dieser französische Kaiser zu Bürgern erklärt hat, gehören endlich wieder geknechtet. Eine Willensnation ist das nicht, eher eine Nation von Willigen.» Heidi nickt: «Die da oben haben halt kapiert, wie sie es machen müssen. Solange sie genügend Brosamen verteilen, mucken die Leute nicht auf. Vor allem, wenn du die Leute hier nicht wirklich ausbeuten musst, sondern das weit weg machen kannst.»

«Ich will endlich wieder einmal Landvögte hier vor Ort» schimpft Willi, «dann haben ich und meine Armbrust wieder Arbeit. Lass uns zusammen den Bundesplatz besetzen, um die Leute aufzurütteln. Da halten wir dann unsere Landsgemeinde ab und bringen denen in Bern mal direkte Demokratie bei.» Die beiden stapfen fröhlich und guten Mutes der aufgehenden Sonne in Richtung Bern entgegen.

— **Adi Feller, Landsgemeinder.**

7

Mit unseren Profis setzen wir unsere Bedürfnisse in eine realistische Strategie um. Wir definieren den exakten Produktionsablauf, der sich an unseren normativen Vorgaben orientiert. Wir entscheiden, welche Produktionsschritte wie, wo und von wem ausgeführt werden – und wir haben dabei die Entscheidungshoheit.

Kapital spielt natürlich auch eine Rolle. Schliesslich müssen wir uns mit der Struktur ausserhalb unserer Kooperation einlassen. Grundsätzlich gilt aber: Wir haben einen Bedarf, den wir decken müssen. Und wir haben Bedürfnisse und Kriterien, die wir nicht bereit sind aufzugeben. Das lassen wir uns auch etwas kosten, schliesslich wissen wir genau, was wir haben. Durch unsere Kooperation kommt es uns in jedem Fall billiger, als wenn sich jeder sein Paar Hosen von A-Z selbst zusammenschneidert.

Wir erstellen ein Budget und legen den Beitrag pro Kopf fest. **Weiter auf Seite 20**

Oder: Kein Bock mehr, das Ganze wird mir zu unsicher und zu teuer. Ich steige aus und mache alleine weiter. **Weiter auf Seite 19/Kasten I**

Bildwelten des Bäuerlichen

Nationalsymbolik. Auch jenseits der SVP-Parteitage sind in der heutigen Schweiz Bildwelten des Bäuerlichen sehr beliebt. Diese sind heterogener als früher und auch jüngere, «urbane» Bevölkerungsschichten finden sich in ihnen wieder: Ein harmloses postmodernes Spiel mit Identitäten oder reaktionäre Sehnsucht nach Verwurzelung?



Bild: Romano Riedo,
fotopunkt.ch

Es ist eine paradoxe Situation. Die schweizerische Landwirtschaft ist seit etlichen Jahren geprägt von einschneidenden Umbrüchen. Eine marktgläubige Agrarpolitik soll es richten. Unbesehen der richtungsweisenden Entscheide, die anstehen, haben durchschnittlich interessierte MedienkonsumentInnen jedoch kaum eine Ahnung der aktuellen landwirtschaftspolitischen Agenda. Ganz im Gegensatz zu diesem Desinteresse steht die auffällige Allgegenwart von Bildern des Bäuerlichen in Medien, Politik, Unterhaltung und Werbung. Doku-Soaps über Single-Landwirte, der Bio-Mister-Schweiz Renzo Blumenthal als Lieblingsstar des Boulevards, urchige Bergbauern als Werbeträger für Tourismus und authentischen Bergkäse, Mundart-Rapper im Bauernhemd auf dem Platten-Cover – die Liste mehr oder minder erbaulicher Beispiele

liesse sich beliebig fortsetzen. Was bedeutet dieser Boom der Bauern-Bilder? Es ist klar, dass diese Bilderflut von der realen Situation der schweizerischen Landwirtschaft weitgehend abgekoppelt ist, auch wenn sich PR-Kampagnen des Schweizerischen Bauernverbandes geschickt des verbreiteten Bedürfnisses nach Bauernchic bedienen.

Der folgende Beitrag möchte einige ältere und jüngere Ebenen von Bildwelten des «Schweizerisch-Bäuerlichen» freilegen, welche sich im Bauernbild der Gegenwart überschneiden. Ohne das Phänomen pauschal verwerfen zu wollen, soll gezeigt werden, wie auch in vermeintlich harmlosen Bild-Arrangements leicht Kontinuitäten älterer Vorstellungswelten wirksam werden, die im schlimmsten Falle Ausschlüsse produzieren und volkstümelnde Zugehörigkeitsphantasien bedienen können.

Produkt reaktionärer Ideologie Die Herstellung von Bildern des Bäuerlichen als Reaktion auf bestimmte politische und identitäre Bedürfnislagen hat in der Schweiz eine lange Geschichte und begann bereits im 15. Jahrhundert. Die Grundlage für das Bauernbild, dessen Versatzstücke bis in die heutige Zeit hineinwirken, wurde jedoch im ausgehenden 19. Jahrhundert gelegt. Mindestens drei verschiedene Einflussfaktoren auf dieses Konstrukt lassen sich ausmachen: Erstens der rasch wachsende Alpentourismus und die damit einhergehenden folkloristischen Inszenierungen für Feriengäste. Zweitens eine reaktionäre Wende in der politischen und kulturellen Landschaft der damaligen Schweiz. Nach Jahrzehnten freisinniger Dominanz, welche geprägt war von liberalen Fortschritts- und (in deutlich geringerem Masse) Freiheitsidealen, wendete sich in den 1890ern das Blatt. Verunsichert über rasche Veränderungen in Folge der Hochindustrialisierung – also über Wachstum der Städte, zunehmende soziale und geographische Mobilität sowie die erstarkende Arbeiterbewegung – wandten sich grosse Teile des Bürgertums vom liberalen Projekt ab. Sie suchten ihr Heil vielmehr in der Überschaubarkeit einer idealisierten ländlichen Schweiz. Städtische Beamte, Unternehmer und Akademiker gründeten um die Jahrhundertwende Volkskunde-, Trachten- und Heimatschutzvereinigungen.

Dritter wichtiger Faktor für die Ausbildung des modernen Bauernbildes war der 1897 gegründete Schweizerische Bauernverband und vor allem dessen Präsident und Chefideologe Ernst Lauer. Strategisch geschickt bot er dem Bürgertum den Bauernstand als natürlichen Verbündeten an: von Grund auf konservativ, gläubig, geistig gesund, körperlich robust und wehrbereit gegen fremde Armeen wie aufmüppige Arbeiter, zeichnete Lauer die ideologische Figur des «Schweizerbauern», die in den folgenden Jahrzehnten eine zentrale Rolle im politisch-kulturellen Diskurs der Schweiz einnehmen sollte. Im Zuge der «Geistigen Landesverteidigung» schliess-

lich wurde dieses verbandspolitische Elabrat in den Rang einer quasi-offiziellen Staatsdoktrin erhoben. Dieses Bild rettete sich unbeschadet in den Kalten Krieg hinüber, setzte aber mit der Zeit Staub an und verkam, etwas salopp dargestellt, von einer expliziten Ideologie zur blossen Staffage bünzlicher Fest- und Fernsehkultur.

Ein grösserer Umbruch in den Bildwelten des «Bäuerlichen» kündete sich erst 1989 an. Damals lancierte der welsche Unternehmer Michel Jordi seine Produktlinie «Spirit of Switzerland». Der bald zum «Swiss Ethno Boom» sich ausweitende Trend beglückte die urbanen Konsu-

Der Bauer als natürlicher Verbündeter des Bürgertums? Von Grund auf konservativ, gläubig, geistig gesund, körperlich robust und wehrbereit.

menten neben unzähligen mit Edelweiss, Kühen und Schweizerkreuz versehenen Modeartikeln mit so hübschen Schöpfungen wie der Kunststoffkuhparade in Zürichs Innenstadt und Restaurants wie «Rösti Factory» oder «Crazy Cow». Auch wenn Jordis Schundwarenladen im Jahre 2003 Konkurs ging, hinterliess der Ethno-Boom ein bleibendes Vermächtnis. Heute mögen zwar Edelweiss-Kondome und dergleichen die geneigten Konsumenten nur noch peinlich berühren, dennoch kann festgehalten werden, dass exakt in diesen Sturm-und-Drang-Jahren spätmoderner Nationalsymbolik grundlegende Weichenstellungen vorgenommen wurden: Die angestaubten Bildwelten des Alpin-Bäuerlichen verjüngten sich und öffneten sich einem «urbanen» Publikum.

Modern aufgepeppt und nicht ungefährlich Diese Renaissance vermengte sich in den Folgejahren mit anderen Tendenzen, deren Wurzeln durchaus auch in Alternativkulturen der 1970er und -80er Jahre festzumachen sind. Neben der Wiederentdeckung von Regionalität, Brauchtum und Revitalisierung von Volksmusik ist dies in erster Linie das gestiegene Interesse an Fragen der (Bio-)Landwirtschaft und der «authentischen» und gesunden Ernährung. Letzteres Anliegen wurde von grossen kommerziellen Anbietern rasch als wichtiger Ernährungstrend der kommenden Jahre erkannt. Aber auch die zunehmend sich als Unternehmer gerierenden Bauern sowie NGOs wie Pro Specie Rara und Slow Food beförderten den zwiespältigen Hype des Lokalen und Regionalen. Bildwelten aktueller Nahrungsmittelwerbung liefern

denn auch die anschaulichsten Beispiele dieser postmodernen Rückwendung zur heimischen Scholle. Historische und neuere Bedeutungsstränge des «Bäuerlichen» vermengen sich in ihnen: Auf Plakatwänden, Einkaufstaschen und Produktreporagen tummeln sich vor Kulissenlandschaften und pittoresken «Heimetlis» kernige Bergbauern, stämmige Schwingerburschen oder wortkarge Käser, die dem vorletzten Jahrhundert entsprungen zu sein scheinen. Und dennoch sind diese gespensterhaften Schemen mehr als bloss ein mattes Echo älterer Politfantasien. Der heute propagandistisch in Beschlag genommene Bauernstand wird kaum mehr im völkischen Sinne als «Blut- und Kraftquell» der Nation aufgefasst. Vielmehr sind die abgelichteten LandwirtInnen als leibhafte Befriedigung mittelständischer Konsumbedürfnisse zu verstehen: als authentische, gesunde, verwurzelte HerstellerInnen ebensolcher Nahrungsmittel. Das ist keineswegs bloss verwerflich, spiegelt sich doch in jenen Konsumbedürfnissen durchaus ein reales Unbehagen über unsere von Entfremdung geprägte Ernährungsweise und die damit einhergehende agrarindustrielle Produktion.

Rapper-Schwinger, Porno-Heidis Gänzlich harmlos und löblich aber ist dieser Wunsch nach dem Echten, Heimischen und Hiesigen ebenso wenig; es entfaltet sich dieser ja keineswegs in einem kulturellen und politischen Vakuum. Regelmässig feiern zwar linksliberale KommentatorInnen diese Vermählung von vergessenen geglaubten Requisiten aus der Rumpelkammer agrarisch-ländlicher Nationalmythen mit aktueller Populärkultur – also all die Mister-Schweiz-Bauern, Rapper-Schwinger, Kuhstall-Radiomoderatoren, Porno-Heidis und tätowierten Folklorespiesser – als entkrampftes Identitätsgebastel und Beweis für die verspielte Leichtigkeit des heutigen Nationalbewusstseins ab. Durch die Hintertür neuzeitlich aufgefrischter Bauernidyllen jedoch gelangen Diskurse vom «Eigenen» und «Fremden» und unverhüllte Ausschlusspraktiken des letzteren schneller aufs Parkett gelebter Alltagsrealität, als diesen wohlmeinenden FeuilletonistInnen lieb sein kann. Dies soll kritischere ZeitgenossInnen keineswegs vom Besuch eines Schwingfestes oder dem Genuss regionaler Köstlichkeiten abhalten, bloss den Blick für den unsichtbaren Beipackzettel dieser ach so echten Traditionsdinge und Heimatbilder schärfen: «Produkt enthält historische Ballaststoffe, die im Übermass genossen heftiges Unwohlsein hervorrufen können.»

— **Steivan Andris lebt und forscht in Zürich und ist sporadischer Träger eines «Bauernhemdes».**

Zum Glück ein Ja

Missachtung von Minderheiten! Koloniales Gehabe! So tönt es aus den Bergregionen, seit die Mittelland- und Stadtkantone der Initiative «Schluss mit dem uferlosen Zweitwohnungsbau» zum Erfolg verholfen haben. Ist das wahr? Steht die Schweiz vor einem Konflikt zwischen denen unten (im Tiefland) und jenen oben (in den Bergen)? Nein. Doch die Annahme der Initiative, eingereicht durch die Fondation Franz Weber und deren Tochterorganisation «Helvetia Nostra», führte zu einem Wehklagen der Bauunternehmer, Politiker und Touristiker aus den Berggebieten. Die Lebensgrundlagen der Bergbevölkerung würden zerstört. Das Bevölkerungsmehr aus dem Unterland sei ungerecht (wobei die Abstimmungen vergessen gehen, in denen die urbanen Zentren überstimmt werden, zumal wenn ausländische MitbewohnerInnen Thema sind). Die Minderheit der Bergbevölkerung werde missachtet (tatsächlich gab es in vielen Berggemeinden sehr hohe Ja-Stimmen-Anteile). Schnell wurden die Folgen der Annahme schwarz gemalt und diese rhetorisch auf die immer gleichen Bevölkerungsteile abgewälzt. Beispielsweise auf die Lohnempfänger: Ein Bündner Bauunternehmer kommunizierte, er müsse nun «die Belegschaft um bis 80 Prozent zurückfahren» (Tagi Online, 13. März 2012). Das Ja gegen die Zweitwohnungen kann aber auch als ein Ja gegen den Entzug von Wohnmöglichkeiten für die Bevölkerung in den Berggebieten interpretiert werden. Diese hat nämlich das Nachsehen, indem zu wenig günstige Wohnungen für normal verdienende LohnempfängerInnen vor Ort erstellt werden. So gesehen ist die Annahme der Initiative vor allem ein Schlag gegen die renditesüchtigen Bauherren. Und ja, die Schweiz steht vor einem Konflikt zwischen denen oben und denen unten – aber es handelt sich eben nicht um einen topographischen, sondern einen Graben im politischen und gesellschaftlichen Sinn. Also soll die Initiative umgesetzt werden, im Sinne einer sozialen Raumplanung, auch gerade in den urbanen Gebieten und den Agglomerationen. Wir leiden hier unter der Nebeldecke strukturell ja an denselben Problemen wie die Bevölkerung dort oben an der Sonne: wir können uns die zu teuren Wohnungen nicht mehr leisten, verlieren deshalb die Städte und Gemeinden als unsere Lebensgrundlage und dadurch auch unsere sozialen Zusammenhänge. Weil eben die Kommunen aus Profitinteresse nach ökonomischen Prinzipien umgebaut werden für die Minderheit der Wohlhabenden.

— **Reto Plattner, Städter, ist als Sohn eines Bündners «Exilbergler» der 2. Generation.**

Linker Stammtisch: Swissness und Nationalismus



Bild: Christian Brüssel

Was tun in Zeiten wie diesen, vollgepackt mit nationaler Abgrenzung gegen die Anderen und reaktionärem Rückzug auf die eigene Identität als (Volks-)Gemeinschaft? «Wir Deutschen zahlen nicht die Schulden der faulen Griechen. Die sollen zuerst Sparen lernen!», tönt es aus dem nördlichen Nachbarland. «Frauen statt Ausländer» fordert hierzulande die sozialdemokratische Justizministerin Sommaruga. Und hofft, damit in thematischer Übereinstimmung mit dem Migrationspapier ihres Parteivorstandes das Problem der «blinden Rekrutierung von Arbeitskräften im Ausland» lösen und die Arbeitsmigration besser steuern zu können.

Was tun also als Linke in Zeiten wie diesen? Sich einlassen auf das identitäre Bedürfnis und eine «weltoffene», «humanitär» angehauchte Variante des Nationalstolzes anbieten – Patriotismus light, um den Rechten nicht das Feld zu überlassen? Oder nicht besser doch sich der eigenen internationalistischen Tradition besinnen und den reaktionären Gehalt des Nationalismus kritisieren? Und darauf beharren, mit Menschen auf der ganzen Welt, die für soziale Gerechtigkeit und gegen die Ausbeutung kämpfen, mit den Genossinnen und Genossen also, viel mehr gemein zu haben als mit unseren MitEIDgenossinnen und -genossen? Wie beantworten linke Strukturen in der Schweiz – reformistische und radikale – diese Fragen? Wie positionieren sie sich? Oder stellen wir die falschen Fragen? Oder die Fragen falsch? Müssten wir als Linke neue, andere formulieren?

Um erste Antworten zu erhalten, hat antidot mit linken Strukturen unterschiedlicher Ausrichtung geredet: dem Bündnis alle gegen Rechts aus Bern, dem Präsidenten der Juso David Roth und mit AktivistInnen des Autonomen Beauty Salons in Zürich.

Die Rückkehr des Proletariats

Klasseninteressen. Es gibt wieder mehr Gruppen, die sich auf Proletariat und Weltrevolution berufen. Doch die Produzenten vieler Waren leben heute in Asien, die Arbeiterklasse ist «ausländisch», während gleichzeitig die Schweiz «schweizerischer» wird. Wie geht das zusammen? antidot hat nachgefragt.

Ausserhalb der MAN-Turbinenfabrik am Zürcher Escher-Wyss-Platz tummeln sich Nachts die Kinder der Arbeiterklasse aus dem Aargau. Man spricht Secondoslang, mag schwarze, schnelle Autos und ist sexy und tough. Drinnen arbeitet das Proletariat im 3-Schicht-Betrieb. Riesige roboterähnliche Maschinen bearbeiten meterhohe, glänzende Metallstücke, Turbinen aus den Pumpen der arabischen Ölfelder liegen mit Barcodes versehen in Holzkisten verpackt am Boden und warten darauf, geflickt zu werden. Ein paar Arbeiter – oder sind es Ingenieure? – bewegen sich zwischen dem Hightech, tippen auf Tastaturen und verfolgen den Fortgang der Arbeit auf Bildschirmen. Es riecht ein bisschen nach Öl und heissem Metall.

Die günstige Aubergine in meinem Kühlschrank wurde von einem mauretanischen Landarbeiter in Spanien gepflückt, das billige Kuhfleisch in meinem Hackbraten entstand durch die Verfütterung von brasilianischer Soja, meine 2-Franken-Socken aus pakistanischer Baumwolle (mit sechs Prozent Polyamid aus China) wurde von einer kurdischen Arbeiterin in Istanbul mit Hilfe einer deutschen Rundstrickmaschine hergestellt, meine Outdoor-Schuhe aus Goretex (China) und Leder (Türkei) wurde von einer Arbeiterin in Vietnam genäht und verpackt. Das Gummi für die Sohle (Design in Italien, Produktion in Guang Dong) kommt aus Thailand, mein Velo wurde in Taiwan hergestellt (Komponenten aus Japan) und mein neuer (sackbilliger) Flachbildschirm-TV kommt aus China.

Am Zürcher 1. Mai-Fest dieses Jahr berufen sich so viele unterschiedliche schweizerische Gruppen auf die Arbeiterklasse wie seit den 1970er Jahren nicht mehr. Alleine



Bild: Klaus Rózsa,
photoscene.ch

drei trotzkistische Gruppen verteilen Papier, eine Combo namens MLGS beweint den 20. Parteitag der kommunistischen Partei der UDSSR (als der Terror des Stalinismus ansatzweise entlarvt worden war) und der Revolutionäre Aufbau klärt mich in seiner Zeitung darüber auf, was für eine gute Sache die Kulturrevolution in China («leider auch blutig») doch gewesen sei.

«Alle gegen Rechts» wird «antikapitalistisch» Und das Berner Bündnis «Alle gegen Rechts», das in seinen besten Zeiten 4000 Menschen zum «Antifaschistischen Abendspaziergang» mobilisieren konnte, rief letzten Herbst (mit begrenztem Erfolg) zur antikapitalistischen Kampagne «In Bewegung bleiben» auf und hat dazu ein kleines Buch veröffentlicht. Zusammen mit weiteren Gruppen der radikalen Linken beteiligt sich das Bündnis, das 2009 eine wichtige Rolle in der Verhinderung Blochers «Marsch auf Bern» gespielt

hat, zudem am Projekt «Kritik & Klassenkampf».

Doch was bedeutet die Neuformierung der weltweiten Produktion für radikale Linke? Sind Nationalismus, Rassismus und Volkstümelei tatsächlich nur ein Irrtum von Proletariern, die ihre wahren Klasseninteressen grad nicht sehen? Und warum sollte man wieder mehr über Antikapitalismus reden? antidot diskutierte* einige dieser Fragen mit vier Genossen von «Alle gegen Rechts».**

«Die Krise verschärft die nationalistische Tendenz»

Frage: Die «Antifaschistischen Abendspaziergänge» waren klare Zeichen an Rechte, Ultrarechte und Nazis in Bern, dass sie hier niemand will. Nun gibt es die Abendspaziergänge nicht mehr. Warum?
Antwort: Die Spaziergänge haben sich

3

Gratulation! Du hast dich erfolgreich der Logik des Kapitals angepasst. Dein Konzept hat den Investor überzeugt. Du bekommst dein Startkapital und kannst loslegen.

Weiter auf Seite 24



aus praktischen Auseinandersetzungen formiert. Es gab mal mehr, mal weniger TeilnehmerInnen. Am Schluss waren wir aber nicht auf dem Gipfel des Bergs. Es gab deutlich weniger Teilnehmer. Aber es waren auch nie reine Anti-Naziveranstaltungen und wir sagten auch nie, nur die Nazis seien das Problem.

Ich vermisse in den Texten zur anti-kapitalistischen Kampagne den Blick auf den Vormarsch der National-konservativen.

Es gibt einen Rechtsrutsch in den Parteien, den Medien und in der Bevölkerung. Eine Kampagne, wie sie die SVP bei der Ausschaffungsinitiative führte, wäre vor fünf Jahren auf Empörung gestossen. Bei «IV-Schmarotzern» spricht man heute direkt von «Ausländern». Die Mehrheit sah sich vor dem Rechtsrutsch der letzten Jahre schon als «Schweizerbürger», als «Teil des Volks». Jetzt glaubt sie aber, man könne sich die «humanitäre Tradition» und «Flüchtlinge» nicht mehr leisten.

Das Misstrauen gegen Ausländer war vor der Krise schon da. Viele Schweizer dachten schon früher, «eigentlich dürfen sie (die Ausländer) nicht da sein». Es gibt zwei Positionen der Rechten: Die einen finden, «Ausländer» dürfen in der Schweiz sein, wenn sie nützen, die anderen, die Faschisten, finden Ausländer müssen sowieso verschwinden.

Mir ist eure These zu einfach. Ist es nicht so, dass in der Schweiz die Profiteure der Globalisierung besonders auf der rassistischen Welle reiten?

Wir machen den Nationalismus nicht einfach an der Krise fest. Wenn jemand von «Ausländern» spricht, ist es schon passiert. Jetzt sagen aber sowohl der angebliche Pro-

fiteur, der vom billigen iPhone profitiert, wie sogar Ausländer, die schon länger da sind, «neue Ausländer» brauche es nicht mehr. Die Krise verschärft die nationalistische Tendenz. Ein Beispiel: Viele Tamilen werden nun auf die Strasse gestellt, weil es neue Deutsche gibt, die zum gleichen Lohn arbeiten, aber besser Deutsch können. Der Tamile macht aber keine Kapitalismus-Kritik, sondern schimpft gegen die Deutschen. Das Sündenbock-Prinzip funktioniert.

Was machen wir nun?

Was kann man gegen Nationalismus tun? Man muss ihn kritisieren und sagen, dass er den Leuten nichts nützt. Die Schwierigkeit für uns ist, dass im Nationalismus eine Wahrheit steckt: Wenn es der Schweiz schlecht geht, geht es den Büezern noch schlechter. Die Lüge ist der Umkehrschluss. Es kann der Schweizer Wirtschaft prächtig gehen und den Proletariern geht es trotzdem verschissen.

Die Schweiz ist eine Ausnahme. Die Schicht derjenigen, die gut bezahlt die multinationalen Firmen am laufen halten und von ihnen profitieren, ist gross.

Im Vergleich geht es sogar den Baurbeitern gut. Für einen 20-jährigen, der aus der Lehre kommt, ist der Mindestlohn nicht schlecht. Aber die Vergleiche mit Afrika oder Griechenland hinken. Warum macht keiner einen Vergleich nach oben? Warum sprechen wir nicht davon, dass wir auch nur fünf Stunden pro Woche arbeiten und immer noch einen höheren Lebensstandard haben könnten? Jeden Tag verhungern zwischen 40000 und 100000 Menschen und gleichzeitig gibt es eine Überproduktion an Nahrungsmitteln. Das ist krank. Man kann die Güter

herstellen – kein Problem – und trotzdem lässt man die Menschen verrecken.

Sogar hier müssen Bauarbeiter für Teuerungsanpassung kämpfen. Wer hier ein kleines Stück des Kuchens will, muss kämpfen. Die Schweiz hat sich in der europäischen Krise gut behauptet und der Mittelstand sackt nicht ins Bodenlose. Aber Wohlstand ist das noch nicht.

Wenn wir anschauen, was bei der Arbeit kaputt geht, so sind wir arme Schweine. Mit 60 ist der Rücken kaputt, oder man hat ein Burn-Out und wird noch als Simulant beschimpft.

Ihr sprecht von Arbeiterklasse. Aber die Menschen, die viele Waren herstellen, die wir konsumieren, leben in China, Vietnam, Marokko oder Indien. Wie funktioniert «Klassenkampf» in dieser Situation?

Wir finden, es gibt ein Proletariat in der Schweiz. Leute, die davon abhängig sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Mehrheit muss ihre Arbeitskraft zugunsten von jemand anderem verkaufen. Dass sie wiederum von anderen profitieren, zum Beispiel von billigeren Produkten, die von ausländischen Proletariern hergestellt wurden, ändert nichts an der Ausbeutung. Der Lohn des Proletariats reicht dazu aus, sich und seine Familie zu ernähren. Der Kapitalist aber wird dabei reich. Die Klassen existieren. Die Löhne sind in absoluten Zahlen in den letzten Jahren gestiegen, aber man kann weniger dafür kaufen. Früher reichte der Lohn des Mannes, um eine Familie zu ernähren. Heute braucht es in der Regel den Lohn von zwei dazu.

— Alois Hinterfuhren, Wirtschafts-journalist, Kleinkapitalist und pensionierter Aktivist in Zürich.

Eines der zwei Front-transparente am «8. Antifaschistischen Abendspaziergang» 2008, an dem sich etwa 800 Menschen beteiligt hatten.

Foto: Manu Friederich.

* Das Gespräch führte Alois Hinterfuhren mit vier Kollegen vom Bündnis «Alle gegen rechts». Wir haben das zweistündige Gespräch sehr gekürzt und alle Antworten auf einen fiktiven Gesprächspartner reduziert. Das Bündnis «Alle gegen rechts» wird das Interview auf seiner Webpage (www.buendnis-gegen-rechts.ch) ergänzen.

** Wir wollten unsere Fragen auch mit dem Revolutionären Aufbau diskutieren. Dieser hatte aber für Antworten oder eine Diskussion keine Zeit. Kein Wunder: Den Massen die Segnungen der chinesischen Kulturrevolution wie in der Mai/Juni-Ausgabe der Aufbau-Zeitung zu erklären, ist knifflig und braucht Zeit.

Eigentlich nichts Neues

Selbstorganisation und Nation. Undogmatische Linke organisieren sich oft in selbstorganisierten Räumen, in Zürich seit September 2011 zum Beispiel im Autonomen Beauty Salon. Sind Eurozentrismus, Swissness und Rückzug auf die Nation Anlass für solche Strukturen, die eigenen Konzepte anzupassen?

Wir befinden uns in der Volksküche des Autonomen Beauty Salons ABS in Zürich-Altstetten. In einer lockeren Gesprächsrunde sind AktivistInnen versammelt, die sich im und rund um den ABS engagieren. Sie diskutieren die Frage von antidot, ob der verstärkte identitäre Bezug auf die Schweiz und ihre «Traditionen» und «Kultur», ob Swissness und Eurozentrismus Konsequenzen haben für die politischen Konzepte der ABS-AktivistInnen, stellvertretend für andere selbstorganisierte Räume.

Der ABS, seit September 2011 besetzt, unterscheidet sich von bisherigen, heute nicht mehr existierenden Zürcher (Kultur-)Besetzungen. Dort vermischen sich Milieus, die sonst nicht miteinander in Beziehung stehen, stärker als früher anderswo. Nicht nur weisse SchweizerInnen zwischen Teenager-Jahren und erstem eigenen Kind, sondern auch Menschen mit migrantischem Hintergrund oder schwächerem sozialen Status sind Bestandteil der Struktur.

Was ist der Grund? Steht dahinter ein bewusster Wille, sich aus der eigenen Szene heraus zu bewegen, auf andere Milieus aktiv zuzugehen, um den identitären Bezug auf das Nationale zu durchbrechen? Nein, nicht an erster Stelle, wird betont. Die primären Gründe für die als wichtig erlebte Durchmischung seien relativ banal: So einerseits die sozial sehr diversifizierte Nachbarschaft, die schon länger das Areal rund um den Beauty

Salon belebt, andererseits aber auch die offene Raumstruktur des Geländes mit Innenhof. Aber auch die Tatsache, dass nur wenige Leute im ABS wohnen, wie auch das gemeinsame Interesse mit der Nachbarschaft gegenüber dem Geländebesitzer, der das gesamte Areal neu überbauen will, tragen dazu bei.

Diskussion und Konflikte Trotzdem: Dieses Vermischen migrantischer und schweizerischer Milieus im ABS hat eine Vorgeschichte an anderen Orten, in denen sich Leute begegneten und in Beziehung zueinander treten konnten: beispielsweise in der Autonomen Schule und der

daraus hervorgegangenen antikul-ti-Ateliergruppe, die im ABS einen Raum benutzt, und im Infoladen Kasama; früher auch im Flüchtlingscafé «Refugees Welcome» und in den abgerissenen Häusern an der Wehntalerstrasse, die von SchweizerInnen und MigrantInnen gemeinsam besetzt wurden.

In dieser Geschichte «gab es sehr wohl bewusste strategische Überlegungen, viele Diskussionen und Konflikte. Ohne diese Grundlage wäre die Beteiligung von MigrantInnen nicht so selbstverständlich möglich, wie sie jetzt scheint», betont ein am Gespräch teilnehmender Aktivist.

Nix Analyse – machen Eine eigene Analyse der Schweiz-Identität und des Swissness-Hypes gibt es dennoch nicht im ABS. Diese gesamtgesellschaftliche Entwicklung wird zwar wahrgenommen. Und selbstverständlich hat sie irgendwie auch Auswirkungen auf die eigene Praxis. Aber als lose Organisationsstruktur eine bewusste Reaktion darauf, respektive ein erarbeitetes analytisches Verständnis mit Folgen für die eigenen Funktionsstrukturen: nein, das haben die AktivistInnen rund um den ABS nicht erarbeitet.

Wieso nicht? Die Antwort darauf greift zurück auf das eigene Selbstverständnis: Schon immer war, was jemand machen will und beiträgt zum Gemeinsamen, wichtig, und nicht die Frage, wo er oder sie her-

kommt oder was er repräsentiert (zumindest theoretisch). Es geht ums Machen und Sich-Einbinden in eine Struktur. Das entspricht dem affektiven Zugang zur politischen Praxis, der über Beziehungen läuft, über

5

Du willst so unabhängig wie möglich sein von Markt und Kapital. Diese Idee kannst Du daher nicht allein umsetzen. Du machst dich auf die Suche nach Gleichgesinnten, die deinen Bedarf, die Bedürfnisse und Anforderungen teilen.

Ihr bestimmt gemeinsam, was genau ihr wollt, in welchen Mengen es die Gruppe benötigt, wie ihr wollt, dass es beschafft und produziert wird. Vielleicht wächst die Gruppe währenddessen. **Weiter auf Seite 8**

Oder: Kein Bock auf ewige Erklärungen, Kompromisse, Diskussionen. Du zweifelst, dass das Ganze in der Gruppe was wird. Das Projekt war sowieso schon immer dein Baby. Du steigst aus und nimmst die Sache ganz in deine Hände. **Weiter auf Seite 9**

Sympathien und Emotionen, der für diesen Teil der städtischen Linken prägend ist. Die Vermischung der Milieus ist deshalb auch stark geprägt von einzelnen Personen, die durch «Grenzüberschreitungen» ihre verschiedenen Beziehungsnetze miteinander in Verbindung bringen.

— **Reto Plattner ist immer wieder im Autonomen Beauty Salon anzutreffen.**

1

Du brauchst Kapital. Dieses musst du (ausser dein Papi ist Millionär) bei einem Kreditgeber, Investor oder Business Angel aufnehmen. Der stellt Bedingungen. Er erwartet eine Rendite und will erst mal wissen, wie genau du das Projekt erfolgreich (d.h. gewinnbringend) umzusetzen gedenkst. Er will einen Businessplan sehen.

Du machst dich daran, dein Projekt zu designen, um Kapital zu bekommen: **Weiter auf Seite 9**

Oder du findest: Kein Bock auf diesen Stress. Ich wende mich mit meiner Idee an Kumpels und gleichgesinnte. Mal sehen, ob wir gemeinsam weiterkommen, ohne jemandem Rechenschaft schuldig zu sein, der in letzter Konsequenz nur Gewinn machen will. **Weiter bei Kästen 5, diese Seite**

ANZEIGE



**Solidarité
sans
frontières**

SOLIDARITÄT STATT ASYLBASHING

DEMO - 23. JUNI 2012 - BERN

WWW.ASYL.CH | WWW.SOSF.CH

SEKRETARIAT@SOSF.CH | PC-3013574-6

**kein
mensch
ist
illegal**

Demokratischer Antikapitalismus

Unverkrampt. antidot befragt die Juso, die mit ihrer 1:12-Initiative die Forderung nach gerechteren Löhnen stellt, zu Swissness, Internationalismus und Antikapitalismus. Ein Gespräch mit Juso-Präsident David Roth.

Neben anderen gibt es auch immer noch eine sozialdemokratische Internationale, deren Mitglied auch die SP ist, die Juso ist Teil deren Jugendorganisation. Diese Internationale hat zwar Mitglieder in vielen Staaten weltweit, doch ob diese Mitgliedschaften auch für eine internationalistische Politik stehen bleibt, ist fraglich. Der Swissness-Hype scheint jedenfalls auch in der parlamentarischen Linken angekommen zu sein. Das prägnanteste Beispiel für diese Tendenz war wohl innerhalb der SP der Zürcher Wahlkampf von Thomas Hardegger, dessen Plakate mit Schweizer Kreuzen übersät waren. Probiert die SP auf den erfolgreichen «Schweiz»-Wahlkampfbzug aufzuspringen?

David Roth: Hardegger machte allgemein eine schlechte Kampagne. Die Schweizer Kreuze drauf waren der letzte Ausdruck völliger Beliebtheit. Was ich aber kritisiere, ist die Verkrampftheit der Linken im Bezug zum Schweizer Kreuz. Man muss ein unverkrampfteres Verhältnis entwickeln, um dieses Feld der SVP nicht völlig zu überlassen. Ein Schweizer Kreuz auf einem Wahlplakat passt nicht zu unserer Botschaft. Mit einer Schweizerfahne auf dem SP Parteitag hätte ich aber kein Problem. Genau das macht den herrschenden Chauvinismus aus, dass man Nationalität

und die ganze Symbolik mit einem spezifischen Menschenbild konnotiert.

Ist es nicht das Ende des Internationalismus der SP, wenn man die Zelebrierung der Schweiz einfach mitträgt?

Es gibt einen Lokalpatriotismus, beispielsweise den stolzen Berner, der mit seinem Dialekt und den damit verbundenen Vorurteilen spielt. Das ist kein Problem, weil es auf eine spielerische Art stattfindet und völlig unverkrampft ist. Verwurzelung und Identität dürfen eine Rolle spielen. Das Problem ist, wenn die Identität zur Überhöhung führt, wie mit dem Schlagwort Swissness. Aber auch das krampfhaft «ich bin ein Weltbürger» der Linken ist nicht ehrlich. Bei uns allen ist eine Verwurzelung vorhanden.

Weltbürger, beziehungsweise Europäer, traut man sich das in der Linken noch zu sagen?

Darf man sich nicht nur noch als guter Demokrat oder Schweizer bezeichnen?

Wenn ich sage, ich will stolz sein auf die Schweiz, weil sie sich nicht auf Kosten anderer bereichern soll, dann ist das auch eine Botschaft, die ich an die Schweiz habe. Ich habe Ansprüche an die Gemeinschaft, in der ich mich bewege, an die WG, die Familie, die Gemeinde, das Land. Ich will nicht Teil einer Gesellschaft

von Profiteuren sein. Auch das ist im patriotischen Sinne aufladbar, aber man kann es auch mit Forderungen nach Gerechtigkeit verknüpfen. Es gibt nicht nur den chauvinistischen Swissness-Diskurs.

8

Wir lassen unser Material kommen und legen los. Werbung brauchen wir keine, da wir ja selbst entschieden haben, was wir wollen. Der Entscheidungsfindungsprozess war sozusagen unsere Werbung.

Wir produzieren und geniessen. JedeR leistet seinen Beitrag (finanziell und als Mitarbeit).

Konkurrenz ist willkommen. Wir wachsen nur so weit, wie wir es für gesund halten. Wird unser Einzugsgebiet zu gross, müssen wir viel transportieren. Da ist es uns lieber, wenn andere dort ihr eigenes Projekt gründen. Ausserdem kann man dann kooperieren: Rohstoffe gemeinsam bestellen, Maschinen teilen).

ENDE

Wie kann man mit dem globalen Wohlstandsgefälle, wo auch die Ärmern in der Schweiz zur globalen Oberschicht gehören, eine internationalistische Politik machen?

Internationalismus ist eine ökonomische Debatte, die man führen muss. Die Leute müssen verstehen, dass es nichts bringt, Hilfspakete zu schicken, während grundlegende

ökonomische Fragen, wie das Funktionieren des Kapitalismus, nicht thematisiert werden. Das ist internationalistisch, wie auch lokal. Wie Bodenspekulation oder Mietzins uns lokal angehen, müssen wir Nahrungsmittel- und Rohstoffspekulation wie auch die Gewinne am Aktienmarkt thematisieren. Damit setzen wir uns automatisch für eine gerechtere internationale Verteilung ein.

Die SP hat wieder mal die Überwindung des Kapitalismus im Programm. Wo ist dabei der konkrete Antikapitalismus? Wie sieht eine antikapitalistische Politik der Juso aus?

Aktuell haben wir eine Demokratie mit Folkloreaspekten. Wir haben teilweise eine Scheindemokratie, in der ich einfach nur Leute wählen kann. De facto ändert sich nichts, weil die gewählten Leute den ökonomischen Sachzwängen ausgeliefert sind. Das ist nicht wahnsinnig demokratisch. In der Politik haben wir formal Demokratie, in der Gesellschaft gibt es auch je länger desto demokratischere Verhältnisse, aber wo sie absolut fehlt, ist in der Wirtschaft. Eine richtige Demokratie haben wir erst dann, wenn es in allen drei Bereichen Demokratie gibt. Antikapitalismus ist Demokratie in allen Bereichen.

— **Adi Feller lebt als Linker auf dem Land und ist in verschiedenen politischen Zusammenhängen aktiv.**

ANZEIGE

seit 1984
**DIE PROVIS
VON ZUREICH**

www.provitreff.ch



Restaurant

ZIEGEL OH LAC

Rote Fabrik

Seestrasse 407 - 8038 Zürich - 044 481 62 42 - www.ziegelohlac.ch



Bild: www.publixviewing.de

Die 5. Jahreszeit

Ein Lehrstück aus der früheren Todeszone: Wer Widerstand leisten will, muss sich vernetzen. Gedanken nach einem mehrwöchigen Aktivurlaub im Wendland und einem unerwartet farbigen Winter in Zureich.

TEIL 1: Power – keine Macht ohne Energie

28.11.2011, 22 Uhr: Der 13. Castortransport kommt im Zwischenlager Gorleben an. 20'000 hochgerüstete Polizisten verwandelten dazu das Wendland in eine besetzte Zone. 5'000 Personen legten dem Atomstaat unermüdlich Steine und Leiber in den Weg und brachten die hochgerüsteten Truppen der Staatsgewalt an den Rand des Zusammenbruchs. Die sich jährlich wiederholende Besetzung eines ganzen Landkreises zeigt eindrücklich, was mit Atomstaat gemeint ist. Dass es dabei um mehr als die Frage «Atomenergie ja oder nein» geht, muss den Leuten vor Ort nicht mehr erklärt werden.

Dies führt bei den meisten AktivistInnen auch zu einem anderen Gesellschaftsverständnis, zu einer Öffnung gegenüber anderen Themen. Am schönsten bringt das die englische Sprache zum Ausdruck: «Power» bedeutet sowohl Macht als auch Energie. Wer über den Zugang zu den Ener-

gieträgern verfügt, hat Macht. Es erstaunt nicht, dass dieses Privileg mit allen Mitteln verteidigt wird.

Die Abschaffung der Atomenergie sägt an einer der Grundsäulen des kapitalistischen Staates. Zur Verteidigung dieser Machtinteressen werden die Grundrechte der BürgerInnen ausser Kraft gesetzt, ganze Landstriche zu (Un-)Sicherheitszonen erklärt und Wochen im Voraus mit Dutzenden von Basislagern der Besatzer überzogen. Im Wendland spricht man, frei nach Asterix, nur von den «Römern».

Die Einmaligkeit des wendländischen Widerstandes beruht auf mehreren Faktoren:

Erstens: Die strukturschwache Region – bis 1989 westdeutsches Grenzgebiet, im Norden, Osten und Süden von der DDR umgeben – zog schon anfangs der 70er Jahre viele AussteigerInnen, KünstlerInnen und MusikerInnen an. Nach dem Entscheid der Bundesregierung, in der Todeszone an der Mauer ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll zu erstellen, kamen PolitaktivistInnen dazu, die sich hier dauerhaft niederliessen. Die Durchmischung brauchte Geduld. Erst über die Jahrzehnte bauten sich die gegenseitigen Vorurteile, die gegenseitige Skepsis den jeweils «anderen» gegenüber ab. In zahlreichen Aktionen lernten sich die Einheimischen und die Zugezogenen kennen. Aus dem daraus gewachsenen Vertrauen wuchs die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Widerstandsformen.

Zweitens: Der Widerstand gegen diesen Atomstaat äussert sich nach wie vor in zahlreichen Aktionen während des ganzen Jahres, getragen von einer Mehrheit der Bevölkerung (siehe dazu publixviewing.de und bi-luechow-dannenberg.de). Die «Fünfte Jahreszeit» (wenn der Castor kommt) stellt dabei bloss den fulminanten Höhepunkt dar.

Drittens: Die Aufgabenteilung. Es besteht kein Anspruch auf einen Konsens der Widerstandsformen. Der Erfolg resultiert aus dem nebeneinander von militanten, phantasievollen und gewaltfreien Aktionen. Eine ausgeklügelte Struktur lässt ausdrücklich Raum für individuelles Handeln. Jeder und jede geht so weit, wie er/sie mag. Niemand wird angemacht, wenn er/sie die persönliche Grenze erreicht hat und sich zurückzieht. Andere rücken dafür nach.

Viertens: Auch die militant vorgehenden AktivistInnen nehmen Rücksicht auf die anderen Aktionsformen. Eine Gruppe erkämpfte sich z.B. den Zugang zu den Geleisen und konnte immerhin 20 Minuten



schottern und biegen (also die Geleise für den Castor-Zug unbenutzbar machen), bis die Römer mit massiver Verstärkung anrückten. Anstatt eine kleine Schlacht an den Geleisen auszulösen und die anrückenden gewaltfreien AktivistInnen von «widersetzen»¹ mit hineinzuziehen, zogen sie sich zurück, die Römer mit sich ziehend. «Widersetzen» besetzte in der Folge genau diesen Abschnitt, die ungewohnte Freiheit geniessend, welche die verbogenen Geleise gewährten: Endlich konnten sie die Beine baumeln lassen. Dadurch konnten die Schienen erst nach der Räumung der gesamten Gleisbesetzung am nächsten Nachmittag repariert werden. Die Schotterer bedankten sich später in einem Communiqué für dieses Zusammenfließen des Widerstandes.

Fünftens: Ein seit den 1970er Jahren breit abgestützter Grundsatz der deutschen Anti-AKW-Bewegung ist, dass nur eine starke ausserparlamentarische Opposition Aussicht auf Erfolg hat. ParlamentarierInnen sind im besten Fall Vollzugsorgane des auf Strasse und Feld ausgedrückten Willens. In diesem Sinne sind sie gern gesehene Bündnispartner – nicht mehr, nicht weniger.

TEIL 2: Ohne Mampf kein Kampf

Gewaltige Mengen an Nahrungsmitteln lagern Tage im voraus auf der zentralen Info- und Anlaufstelle bei der Esso-Wiese. Gespendet von den Wendländer BäuerInnen und örtlichen Läden, werden die Esswaren an die verschiedenen Volksküchen verteilt, sofern sie nicht gleich vor Ort verarbeitet werden. Hunderte von HelferInnen schnippeln ununterbrochen, auf dass die Töpfe nie leer werden. Eine unermüdliche Verteilkette sorgt dafür, dass das Essen die AktivistInnen an ihren Blockadeorten erreicht. Dutzende von sogenannten Mahnwachen knüpfen ein Netz von Info- und Essenspunkten entlang der gesamten Transportstrecke.

Allein schon das Bestehen auf der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit stellt während der «5. Jahreszeit» einen Akt des zivilen Ungehorsams dar. Das Recht, Mahnwachen in der Nähe der Transportstrecke abzuhalten, ja überhaupt sich während des Transports frei im Landkreis bewegen zu dürfen, musste bis zur letzten Instanz – dem Bundesverfassungsgerichtshof – erstritten werden.

TEIL 3: Wem gehört die Stadt?

In Zürich sind wir von solchen Zuständen weiter entfernt als auch schon. Wohl gibt es

zahlreiche Projekte, die Widerstand leisten und sich mehr oder weniger erfolgreich in ihren Nischen behaupten. Unzählige Politgruppen halten wacker ihr Fähnlein aufrecht. Aufgesplittert in zahlreiche Kleinstgruppen, stemmen wir uns gegen die herrschende Logik, unermüdlich darauf hinarbeitend, dass «die Anderen» schon mal die Richtigkeit unserer Analyse erkennen und auf unsere Linie einschwenken werden.

Wir vernetzen uns eher international mit grösseren, stärkeren Bewegungen, die uns ideologisch näher stehen, als dass wir den Kontakt zu regionalen Gruppen suchen. Müssen wir immer zu 100% mit allem einverstanden sein, bis wir zur Zusammenarbeit

WIDERSTÄNDE VERNETZEN – ALTERNATIVEN AUFBAUEN

Aus dem Aufruf zum rebellischen Zusammentreffen vom 25. Juli bis 1. August 2012 im Wendland, vorbereitet vom Ya-Basta-Netz und einigen Rebell_Innen aus dem Wendland:

«Wir könnten täglich kotzen über den Zustand der Welt. Wir haben nicht das Rezept, aber wir haben Ideen, die Dinge besser zu machen. Viele sind schon dabei, hinterfragen, untergraben, widerstehen, rebellieren, stolpern (...). Acht Tage im Wendland. Die Zelte aufschlagen. Kontakte knüpfen, Erfahrungen teilen, andere Perspektiven kennenlernen (...). Zusammentreffen, so wie wir auch die Welt wollen: gleichberechtigt, selbstorganisiert, respektvoll, stressfrei, engagiert, menschlich.»

www.rebellisches.noblogs.org

beit bereit sind? Schaffen wir es nicht, die unterschiedlichen Ansätze als ein buntes Gemisch zu sehen, das sich gegenseitig befruchtet, ohne seine Radikalität zu verlieren?

Die Überzeugung, dass das kapitalistische System überwunden werden muss, um die Ausbeutung der Menschen und der Natur zu stoppen, ist eines. Doch genauso interessieren heute Alternativen, die im Alltag lebbar sind. Im Gegensatz zu unseren Nachbarländern ist unser Leben extrem finanziellisiert. Informelle Sektoren des Tausches sind neben unseren Netzen vor allem in den prekarierten Randgruppen zu finden, zu denen wir nur wenig Kontakt haben. In unserem Alltag sind wir oft damit konfrontiert, dass wir für die gutverdienende, urbane Upperclass tätig sind. Sie verfügen über die Kaufkraft, um die Preise für unsere hochwertigen Produkte zu bezahlen, welche unser «anderes» Arbeiten mit sich bringen.

Eigentlich stehen wir in Zürich an einem spannenden Punkt, wenn wir die zahlreichen bereits bestehenden Netze nutzen würden. Um die verlorenen Räume wieder zurück zu erobern, müssen wir unsere Netzwerke stärken und die Zusammenarbeit mit verwandten Gruppen suchen.

«Erlaubt ist, was nicht stört»: Mit dieser Kampagne etablierte Rotgrün in den 1990er Jahren wieder das «Ruhe und Ordnung»-Denken, welches Zürich in der Zeit vor dem Opernhauskrawall im Mai 1980 geprägt hatte. Inzwischen gehören Wegweisungen und Verhaftungen zum alltäglichen Bild in Zürichs Strassen und ein Heer von pflichtbewussten SozialarbeiterInnen bläut als vorgeschobene Hilfstuppe der Polizei BürgerInnen jeden Alters die goldenen Regeln des schweizerischen Sozialverhaltens ein.

Die Auflösung ganzer Quartierstrukturen und der damit verbundene Zerfall der Nachbarschaftshilfe und -kontakte bereitete den Boden für die aktuelle Gentrifizierung vor. Um uns dieser Entwicklung entgegenzustellen müssen wir wieder Räume schaffen, an denen sich die verschiedensten Menschen treffen können. Der «Autonome Beauty Salon» (ABS) zum Beispiel könnte sich zu einem solchen Treffpunkt entwickeln.

TEIL 4: ABS – alles andere als ein Automatisches Brems-System

In Zürich löste die Besetzung des ABS (ein 1300 m² grosses Gelände mit diversen Schuppen und Garagen in Altstetten) einen unerwarteten Impuls aus. Ein Areal mit zahlreichen heruntergekommenen Räumen, die entrümpelt und instandgestellt werden müssen. Aus dieser Industriebrache ist ein Ort entstanden, an dem sich wieder verschiedene Gruppen treffen und der auch Leute anspricht, die sich nicht in der «Szene» bewegen. Seit dem Beginn verstehen die BesetzerInnen ihre Aktionen und Pressearbeit als Basis eines Widerstandes, der sich unabhängig vom ABS entwickeln und sein allfälliges Ende überdauern soll. Hier ein Auszug aus dem Selbstverständnis der AktivistInnen (autonomerbeautysalon.wordpress.com):

«Der ABS ist eine breit abgestützte Kulturbesetzung. Bei einer Kulturbesetzung wie dieser, steht die Nutzung als Veranstaltungsraum im Vordergrund. Bisher wurden im ABS ein Konzertsaal, ein Proberaum für Bands, eine Werkstatt, ein Gemeinschafts-Atelier, eine Grossküche, eine Vollerwerkstatt, eine Bierbrauerei sowie ein Café mit kleiner Bühne in Betrieb genommen.

Da die Räume zuerst vom liegen gebliebenen Müll befreit sowie Isolation und Heizung installiert werden müssen, gestaltet sich die Arbeit

*Blick in die
oberen Halle
des Binz-Squat
Bild. zVg*



besonders aufwändig. Dennoch konnten bereits zahlreiche Konzerte, Vorträge und Filmabende durchgeführt werden.» Wir wollen nicht nur eine gerechtere Stadtentwicklung, wir wollen das gute Leben für alle. Wir wollen das Stück vom Kuchen und die ganze Bäckerei, wir wollen Brot und Blumen, wir wollen eine Revolution tanzen – wir wollen Schönheit! Und was wir schön finden, bestimmen wir selbst: Sie kommt von Unten, wächst aus den Ritzen im Beton wie Unkraut.»

Vernetzung ist alles: Laden wir jene AktivistInnen ein, die sich gegen die geplanten Atommülllager wehren und schauen wir, welche Berührungspunkte sich zwischen ihren und unseren Anliegen ergeben. Stellen wir uns mit den antirassistischen Gruppen der Praxis der rassistischen Kon-

trollen und Ausgrenzungen entgegen (bleiberecht.ch/augenauf.ch), regen wir in den Quartieren Nachbarschaftsgruppen dazu an, den öffentlichen Raum wieder zu nutzen und sich der Zerstörung der Quartierstrukturen entgegenzustellen. Lassen wir uns in diesem Sinne von der unbeschwerten Radikalität der 80er-Bewegung inspirieren: Nieder mit den Alpen, freie Sicht auf's Mittelmeer.

— **Mischa Brutschin, Stadtwanderer**

— www.rechtaufstadt.ch

¹ Widersetzen ist eine gewaltfreie Aktionsgruppe, die ihr Camp an der Transportstrecke aufbaut. Hunderte von Personen – aufgeteilt in mehrere «Finger» – versuchen, sich auf den Geleisen niederzulassen. 2010 und 2011 beteiligten sich an der erfolgreichen Hauptblockade – die 24 Stunden dauerte – mehrere tausend Leute.

ANZEIGE

★ MARS ★

BAR
PRÄSENTIERT

8. Juni –	FUSSBALL
1. Juli	EUROPAMEISTERSCHAFT
SA 31. Juni	KID IKARUS
DO 12 Juli	SCHOEDO
SA 14. Juli	KEESEL

www.marsbar.ch

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN

ZÜRICH

DIE ZÜRCHER HÄUSERBEWEGUNG 1979–94
EINE FILMISCHE DOKUMENTATION

CHF
80.-
DVD-BOX

8 Teile / 8 DVD's / 428 Min.
Booklet / Bonus-Tracks

Erhältlich im Handel
oder direkt bestellen:
www.zureich.ch

OI SCHBINZ WOHL !

Nachdem das Baurecht des Binzareals klammheimlich vom Kanton Zürich an die Basler Pensionskasse Abendrot übergegangen ist, soll hier ein weiterer kleiner, aber lauter Mikrokosmos der Gentrifizierung¹ zum Frass vorgeworfen werden:

Ein paar Wohnungen, ein bisschen Kneipe und Hotel, ein Stückchen Studentenzimmer und eine Prise Kunst und Kultur dürften ein leckeres Süppchen abgeben, das den LiebhaberInnen rot-grüner Stadtaufwertung das Wasser im Munde zusammenlaufen lässt. Und, dass nebenhin noch der amüsante, aber trotzdem lästige Haufen «Schoch und Konsorten»² ins Pfefferland geschickt wird, dürfte die verkümmerten Herzen der Cüpli-Sozis und Krawatten-Grünen noch höher schlagen lassen.

Für ein angebliches städtebauliches Vorzeigobjekt soll also einmal mehr verschwinden, was die Stadt in Zeiten von «Erlaubt ist, was nicht stört» und «Quartieraufwertung» mit all den geschmacklosen Folgen dringend nötig hätte: viel prall gefüllter autonomer Raum für Farben, Perspektiven und ganz viel Dreck.

Seit nunmehr sechs Jahren leben wir hier unsere Ideen vom selbstbestimmten Leben, arbeiten, feiern und bauen. Wir knüpfen Freundschaften in alle Welt hinaus, tauschen uns aus und vernetzen uns mit anderen Menschen, denen ein eigenständiger Alltag wichtig ist. Und wir sehen absolut keinen Grund, dies nicht auch noch viele, viele weitere Jahre so zu handhaben. Da könnte ja jedeR kommen.

Unternehmer, Immobilienstrategie und SVP-Mitglied Werner Hofmann hat das besetzte ehemalige Hotel Atlantis 2010 im Hau-Ruck-Verfahren und mit grossem Medienecho in ein StudentInnenwohnhaus verwandelt. Die Sache hat für ihn offensichtlich so gut funktioniert, dass er daraus kurzerhand ein Geschäftsmodell entwickelt hat.

Weil das Atlantis einer ausländischen Firma gehört, hat das Zürcher Verwaltungsgericht entschieden, dass die StudentInnen wegen der Lex Koller dort nicht wohnen dürfen. Stattdessen sollen sie nun in die Binz ziehen. Neben den Studentboxes sind hier noch Sozial- und Kulturschachteln sowie Appartements für die Angestellten des nahen Triemli-Spitals geplant.

Bei der «alternativen» Pensionskasse Abendrot fand Hoffmann sogar eine willige Investorin, die sich gleichgültig-naiv keinen Deut um unseren Lebensraum schert, sondern allen Ernstes behauptet, sie gehe mit ihrem Projekt auf unsere Wünsche und Bedürfnisse ein. Wären diese Worte Ernst gemeint, dann hätte sich Abendrot gar nie auf dieses Projekt einlassen dürfen.

Wir lassen uns nicht aufwerten und wegsanieren. Wir sind die unübersehbaren Altlasten dieser dahinsiechenden Stadt und stecken hartnäckig in ihren tiefsten Ritzen und Spalten. Binz bleibt Binz. Basta!

¹ In ursprünglich preisgünstigen Stadtvierteln werden Immobilien zunehmend baulich aufgewertet und von wohlhabenderen Eigentümern und Mietern belegt. Gruppen mit einem niedrigeren Sozialstatus werden ersetzt oder verdrängt. Zumeist sind innenstadtnahe Stadtteile von Grossstädten von derartigen Vorgängen betroffen. In Zürich ist dieses Phänomen auch unter dem Begriff «Seefeldisierung» bekannt.

² Postnamen der BesetzerInnen der Binz

www.binzbleibtbinz.ch

Mehr Demokratie für unsere Jeans!

Eine augenzwinkernde Moralpredigt inklusive Gedanken-Spiel. Wer entscheidet, was du isst, trägst, fährst? Meist bleibt uns lediglich die Wahl aus einem Angebot, das uns «der Markt» macht. Selbst der lokalste Biobauer ist auf Billiglöhne und Massenproduktion angewiesen. Das muss nicht so sein.

Ein Gespenst geht um in der «Ersten Welt» – das Gespenst der Kritik des reinen Kapitalismus. Dieses Gespenst ist den besetzten Häusern, den Denkstuben Intellektueller und linken Parteibüros entwichen und sucht nun Universitäten, Wirtschaftsredaktionen und sogar das WEF heim. Die Überzeugung, dass es anders werden muss, die Hoffnung, dass es anders werden kann, der Zweifel an der herrschenden Wirtschaftsordnung – wir erleben gerade, wie all dies zum Mainstream wird. Nur ein Beispiel: Was sich «Institute for new economic thinking» nennt, ist nicht etwa ein Club von MarxistInnen oder anderen AussenseiterInnen. Unter dem Namen haben sich vor drei Jahren hunderte namhafter und angesehener ÖkonomInnen, so genannte Entscheidungsträger und sonstige «Persönlichkeiten» aus aller Welt organisiert, um nach Alternativen zum aktuellen wirtschaftlichen System zu suchen. Aber braucht es überhaupt ein System? Eine Art Maschine also, die lediglich einen Input braucht und uns dann die Entscheidung abnimmt? Ein System wie den Markt und dessen unsichtbare Hand? Wie wäre es mit einem Konzept statt einem System – einen Rahmen für unser Handeln statt einer Maschine, die uns und unsere Arbeit verarbeitet.

Rufen wir uns in Erinnerung, was «die Wirtschaft» ist und soll. Jeder Mensch hat Bedürfnisse. Wir müssen essen, wohnen, uns kleiden. Wir wollen uns bilden, uns kulturell ausdrücken, uns informieren – und ja, auch Spass haben. Genau das ist die Aufgabe von Wirtschaft: die Güter, die wir zur Befriedigung dieser Bedürfnisse benötigen – zum Beispiel Nahrung, Bildung, Wohnraum – wirksam und effizient zu verteilen. Und zwar so, dass alle ein gutes Leben führen können. Das ist, ganz

einfach dargestellt, die höhere Ebene der so genannten Volkswirtschaft. Im Kleineren ist Wirtschaft ein Kreislauf von Gütern. Wir fördern Rohstoffe, produzieren, verkaufen, kaufen, konsumieren und schmeissen weg oder recyceln. Wie wir den Kreislauf und die Verteilung der Güter gestalten, ist uns Menschen völlig

4

Jetzt kommt der entscheidende Moment: Besteht dein Produkt am Markt? Greift die Werbung, das Image, das du deinem Produkt eingehaucht hast? Stimmt das Verhältnis von Preis und Leistung für die Konsumenten? Und am Ende: Stimmt deine Bilanz? Decken deine Einnahmen die Investitionen? Kannst du den Kredit plus Zins zurückzahlen? Nein? Dann musst du an den Produktionskosten schraubeln: billiger beschaffen, tiefere Löhne zahlen, Preise erhöhen. All dies kann sich auf den Erfolg deines Produktes am Markt auswirken. Und: du brauchst wieder Werbung, um auf die Veränderungen aufmerksam zu machen. Ob dein Produkt langfristig bestehen kann, hängt am Ende davon ab, wie viel Geld du reinholst.

freigestellt. Aktuell benutzen wir ein System aus Eigentum, Kapital, Arbeit, Einkommen, Konkurrenz, Patenten, Märkten, Preisen, Profit, Staat und vielem mehr. Man geht davon aus, dass diese Ordnung effizient und effektiv ist, also unsere Güter optimal produziert und verteilt. Der Markt entscheidet über Erfolg oder Scheitern einer Unternehmung, eine unsichtbare Hand lenkt alles zum Wohle aller. Soweit die Theorie. Dass unser heutiges System mehr schlecht als recht funktioniert, müssen wir nicht weiter ausführen. Wir können und wollen nicht glauben, dass dieses System allen nützt, wenn wir es nur genug regulieren und sein destruktives Potenzial minimieren. Gehen wir also davon aus, dass wir

das «Angebot» dieses Systems nicht wollen. Unsere Bedürfnisse aber bleiben bestehen. Was also tun? Nein sagen, sich verweigern, ist der erste Schritt. Damit Verweigerung zur Emanzipation wird, muss darauf etwas konstruktives folgen. Die herrschenden Verhältnisse hinterfragen und kritisieren ist wichtig und richtig, bringt uns aber noch nicht weiter. Auf Gedanken müssen Worte, auf Worte müssen Taten folgen. Wie gesagt, wir sind in der Gestaltung der wirtschaftlichen Kreisläufe eigentlich völlig frei. Statt uns, unsere Arbeit und Bedürfnisse dem Markt und dem Kapital unterzuordnen, könnten wir auch in demokratischen Strukturen wirtschaften. So, wie wir das zum Beispiel bei der Bildung, Müllabfuhr, Wasserversorgung oder Verkehr bereits tun. Auch dies sind Güter, die wir benötigen und begehren. Sie werden nicht einfach der unsichtbaren Hand überantwortet. Wir nehmen uns ihrer an, analysieren den Bedarf, planen dessen Deckung, unterbreiten den Betroffenen Vorschläge, modifizieren diese in direktdemokratischen Prozessen und setzen sie schliesslich um. Weshalb soll das nicht auch mit einem Paar Jeans gehen? Bei der Frage also, wie unser Essen oder unsere Kleider hergestellt werden sollen? Klingt nach Planwirtschaft? Geplant wird in der Wirtschaft immer. Die Frage ist nur, WER es tut. Heute plant und diktiert der Markt – und mit ihm die Masse, die ihre Entscheidungen nach den finanziellen Möglichkeiten fällen muss. Es diktiert das Kapital – und mit ihm Preise und Margen. Selbst der lokalste Biobauer ist auf Quasi-Sklaven und grosse Mengen angewiesen, weil er sonst am Markt nicht bestehen kann. Weshalb bezahlen wir wenig für Kleider, deren Herstellung und Transport unbezifferbare ökologische und soziale Schäden anrichtet? Weshalb ist Kleidung teuer,

die diesen Faktoren Rechnung trägt? Dass man Wirtschaft auch ausserhalb staatlicher Strukturen basis- oder direktdemokratisch organisieren kann, zeigen verschiedene ältere und neuere Projekte aus den verschiedensten Lebensbereichen. Vertragslandwirtschaft, Buch-Abos für Literatur, Spitex-Projekte (siehe dazu die Geschichte über die alternative Spitex in Holland auf Seite 9), Food-Coops, Community Supported Agriculture, Umsonstläden, Nutzungsgemeinschaften (wie z.B. Mobility), Tauschringe, Kommunen, Öko-Dörfer, kollektive Betriebe, Finanzkoops, Book-Crossing, offene Unis, freie Software, freie Radios, offene Werkstätten (z.B. Fahrrad) et cetera, uvm. Solche Strukturen hebeln zumindest einige der Komponenten wie Eigentum, Kapital, Arbeit, Einkommen, Konkurrenz, Patente, Märkte, Preise, Profit, Staat aus, die das herrschende System ausmachen.

DAS SPIEL

Ob du kaufst oder produzierst: am Ende sind es immer Entscheidungen, aus denen die (wirtschaftliche) Realität entsteht. Deine Entscheidungen. Was würdest Du wählen, wenn es eine echte Alternative zum System gäbe? Über das Heft verteilt findest Du unseren Entscheidungs-Parcours. Ausgangspunkt ist die Idee für ein Produkt – konkret Kleidung. Jeder Mensch braucht sie. Im folgenden sind zwei Wege skizziert, auf denen Du – mit deinen Entscheidungen – den Weg von der Idee zum Produkt durchdenken kannst. Es steht dir jeweils frei, ins «andere» System zu wechseln. Wo Du am Ende landest, hängt von Dir ab.

Beginn auf Seite 19/Kasten 1 oder 5

— **Tex Tschurtschenthaler** ist Gründungsmitglied der Gemüsebaukooperative Ortoloco (ortoloco.ch)

— **Jamal Hauer** ist Journalist in Zürich